

Bezugspreis: Für den Monat April 1923 M. ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis: Die einpaltige Kompaßgröße ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 26. April 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Angebot und Garantie.

Beratungen über den deutschen Vorschlag.

Am gestrigen Mittwoch trat der Reichsausschuss der deutschen Industrie im Reichstag zur Beratung der Reparationsfrage zusammen.

Ob in dem deutschen Vorschlag eine bestimmte Summe genannt wird oder nicht, steht noch nicht fest.

Indes sei schon jetzt gesagt: das Aussehen eines Vorschlags, mag er von dieser oder jener Seite kommen, kann niemals ein Grund sein, den Eintritt in Verhandlungen abzulehnen.

Was die englische Regierung erwartet.

London, 25. April. (W.B.) Das Parlamentsmitglied Lambert (Arbeiterpartei) fragte im Unterhaus den Premierminister, ob irgendetwas verantwortliches Angebot, annehmbare Kriegsreparationen zahlen zu wollen, von der deutschen Regierung gemacht worden sei.

Ein Vertreter der Regierung erwiderte, der Premierminister sei sich keines Angebotes bewußt, das nicht bereits veröffentlicht worden sei.

Die Rede Lord Curzons im Oberhause am 20. April liegt nun, wie W.B. meldet, im englischen Text vor.

Einsicht in Frankreich.

Stimmen aus der Provinz gegen Poincaré.

Paris, 25. April. (W.B.) Der Generalrat des Departements Haute-Vienne hat eine gegen die Ruhrpolitik der Regierung gerichtete Resolution angenommen.

Handlungen habe hinreichend lassen, die die internationale Lage diplomatisch, finanziell und wirtschaftlich komplizieren und die die Erfüllung der berechtigten Reparationsansprüche Frankreichs hinauszögern.

verursächten Vorschlägen Gehör zu geben.

wenn direkte oder durch Vermittlung der Alliierten Frankreich veranlaßte Vorschläge eingehen, sie zu prüfen.

- 1. Rasche Regelung des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete. 2. Eine Friedensgarantie in Form eines Paktes, dessen Durchführung der Kontrolle des Völkerbundes zu unterstellen wäre.

Der erste Teil der Entschlebung bis zu der Stelle, wo die Regierung aufgefordert wird, sich zu Verhandlungen bereitzustellen, wurde mit 15 gegen 14 Stimmen, der Rest mit 26 gegen 8 Stimmen angenommen.

Paris, 25. April. (W.B.) Der Generalrat von Grenoble, der über den Antrag verhandelte, die Haltung der Regierung in der Ruhrfrage zu billigen, konnte erst nach langer Aussprache eine Einigung auf die einfache Tagesordnung erzielen.

Festhalten am passiven Widerstand!

Ein Aufruf der Bergarbeiterverbände.

Dortmund, 25. April. (W.B.) Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen Aufruf, in dem es heißt: In großem Umfang werden von den Franzosen und Belgiern Zechen befehligt, um den gelagerten Kohle abzutransportieren.

Die Vorfälle von Katernberg.

Katernberg, 25. April. (Eca.) Heute morgen versuchten Arbeitslose, die aus Stoppenberg und Essen stammten, erneut in Katernberg einzudringen.

Essen, 25. April. (Eca.) Heute morgen erschien eine Abordnung der Arbeitlosen, die die Tumulte in Katernberg hervorgerufen haben, bei der Stadtverwaltung und forderte die Freilassung der verhafteten Aufständigen.

Gen. Dr. Köster, der neue deutsche Gesandte in Riga, hat von lettischen Deutschen und Sozialdemokraten die Mitteilung erhalten, daß sie eine Leitlandhilfe für die Kinder des Ruhrgebietes organisieren.

Bonar Law gesund. Bonar Law soll von seiner Kehlkrankheit vollständig geheilt sein; er werde in den nächsten Tagen im Parlament das Wort ergreifen.

Die Sicherungsfalle.

Von Wilhelm Sollmann-Köln.

Neulich hat Genosse David im Reichstage für die Sozialdemokratie erklärt: „Mit einem Frankreich, das nur Wiedergutmachung will, können wir uns verständigen; mit einem Frankreich, das uns die Rheinlande zu nehmen trachtet, nie.“

Es ist in der Welt, auch in Deutschland, viel zu wenig bekannt, daß der Friedensvertrag bedeutende und zwar einseitig zugunsten Frankreichs am Rhein durchgeführte Sicherungen enthält.

Die — deutsche — Entmilitarisierung des linken Rheinufers und einer Zone von 50 Kilometern auf der rechten Rheinseite ist vollkommen. Unsere Festungswerke sind gesprengt. Ein Kranz von Ruinen aus Betonblöcken legt sich um die einstigen Hochburgen des deutschen Militarismus.

Immerhin: Frankreich fühlt sich von uns bedroht, und die Staatsmänner der Welt erörtern den Fall mit ernsthaften, ja sorgenvollen Mienen.

Curzon hat nach dem Bericht seiner Rede in der „Times“, eindeutiger als in den deutschen Zeitungsberichten zu lesen war, von Plänen zur Sicherung Frankreichs, und nur zur Sicherung Frankreichs, gesprochen.

Unter Mißtrauen beginnt aber sofort, wenn einseitige Sicherungen zum Schutze Frankreichs ausgedacht werden sollen. Der Plan eines Rheinstaates ist nach den Versicherungen englischer Politiker verschiedenster Richtungen in

Großbritannien als eine Etappe des französischen Annexions-
spiels durchschaut worden. Aber man neigt jenseits des Ra-
nals sehr zu einer internationalen Gendarmerie
auf dem linken Rheinufer und einer Kontrolle der
Eisenbahnen. Diese harmlos erscheinende Lösung birgt
für die Rheinlande große Gefahren. Sehen wir ganz ab von
den Eingriffen in deutsche Staatshoheit, in welche Lage wür-
den sich dann die Rheinländer, ihre Verwaltung und ihre Or-
ganisationen befinden? Die Ausübung der Staatsgewalt, die
nach der Urkunde von Weimar vom deutschen Volke ausgehen
soll, wäre ihnen dann tatsächlich genommen. Sie ständen dauernd
unter dem Drucke einer fremden bewaffneten Macht, auf deren
Zusammenziehung, Kommando, auf deren Tätigkeit sie ver-
mutlich nicht den geringsten, sicher aber keinen nennenswerten
Einfluß hätten. Wer schützt uns vor unberechtigten Ein-
griffen, Machtüberschreitungen, Ausschreitungen dieser Gen-
darmerie? Jede von Unverantwortlichen angezeigte oder
von Bestochenen provozierte Zusammenrottung mit gewalt-
tätiger Ende — man denke an Mülheim a. d. Ruhr, an wirt-
schaftliche und politische Kämpfe — würde zu Unterdrückungs-
maßnahmen benutzt werden, auf die keine deutsche Verwaltung,
kein deutsches Parlament einzuwirken hätte. Jede
fremde Besetzung unter einem Namen wie
immer bedeutet das Ende der demokratischen
Staatsbürgerlichen Freiheiten. Und die Eisen-
bahnkontrollen? Der erste aus rein wirtschaftlichen Gründen
ausbrechende Streit würde von den französischen Machthabern
als von der preussischen Regierung angezettelt bezeichnet
werden, als ein Anschlag gegen die Kontrolle, als ein Versuch,
sich aus militärischen Gründen von ihr zu befreien. Ver-
schärfung der Bestimmungen wäre die Folge. Bisherige bliebe
uns Rheinländern dann die Beschränkung an den Völkerbund,
in dem möglicherweise inzwischen sogar Deutschland in Ona-
den aufgenommen wäre. Wir haben das Beispiel im Saar-
gebiet. Die durch den Friedensvertrag völlig entrechtete Be-
völkerung hat bisher im Völkerbundrat noch nicht mit
einer einzigen Beschwerde durchdringen
können, auch letztlich nicht, als Branting den Saarstand
ins hellste Licht rückte.

Ohne Zweifel gibt es in Frankreich eine Menge redlicher
Verständigungsfreunde, die es mit wirklichen Sicherungen so
ernst nehmen wie wir. Ihnen und vor allem auch den Briten
müssen wir klar machen, daß ein gewaltiger Unterschied ist
zwischen ihren Bemühungen und den Versuchen der franzö-
sischen Imperialisten, unter dem Schutze einer ihnen
gefugigen Polizeigewalt ihre Loslösungs-
propaganda zu betreiben und das Deutschum
zurückzudrängen. Man wehre den Anfängen! Wie un-
bedächtig ist die angeblich nur auf die Sicherheit der Befähigungs-
gruppen berechnete Tätigkeit der Rheinlandkommission in dem
Anhang des Friedensvertrages umschrieben. Aber schon vor
dem Ruhrbruch hatte sie einen Hagel von Befehlen auf uns
niedergehen lassen, hatte mehr und mehr in Verwaltung und
Rechtssprechung eingegriffen. Heute aber übt sie eine unum-
schränkte Diktatur aus, und die dankenswerte Nichtbeteili-
gung des britischen Vertreters an den Beschlüssen hat uns vor
ihren Folgen nicht schützen können.

Es sind nur solche Sicherungen zu erstreben, die endlich
am Rhein wieder Ruhe eintreten lassen und ein freundschaft-
liches Verhältnis zwischen den Rheinländern und Frankreich
zurückführen lassen, wie wir es, die so viel auch an der franzö-
sischen Kultur bewundern und lieben, herbeisehnen. Die Ge-
schichte lehrt auf jedem Blatte, daß ein Volk auf die Dauer
weder äußere noch innere Knechtung erträgt. Immer wieder
haben die Völker ihr Letztes und Höchstes, Krieg und Revolu-
tion gewagt, der Freiheit willen. Man kann ein wirtschaftlich
und kulturell hochentwickeltes Land wie das am Rhein nicht
dauernd der vollen Selbstbestimmung berauben. Geben die
britischen Staatsmänner, bei denen auch auf diesem Gebiete
die größte Verantwortung liegen wird, der französischen Re-
gierung mehr nach, als uns demokratischen Rheinländern er-
träglich ist, kann unmöglich eintreten, was wir herzlich er-
streben: Ruhe und Versöhnung.

Ein deutsches Dichterschicksal.

Zum 60. Geburtstag von Arno Holz.

In den Zeiten des tiefsten Verfalls der deutschen Poesie, in der
Mitte der achtziger Jahre, erschien in einem Züricher Verlag eine
Büchlein, die die wenigen, die sich damals für Poesie inter-
essierten, erstaunt aufhorchen machte. Die Töne, die hier er-
schlagen wurden, klangen ganz anders als man es von der Gold-
schmittsche Poesie jener Tage, der Spielmanns- und Bühnenscheibenspieler
der Baumbach und Julius Wolff gewohnt war. Das war nicht die
sanfte Limonade, an der sich die höheren Töchter beiderlei Ge-
schlechts zu ergötzen pflegten, das war ein starker Männertrunk,
und der ihn gebraut hatte, war kein engbrüstiger Randscheinfäusler,
sondern ein ganzer Kerl, der mit beiden Beinen im Leben des All-
tags stand. „Buch der Zeit“ hieß die Gedichtsammlung und
der Name des Verfassers war Arno Holz. Die Form der Dichtun-
gen war nicht neu, die Mittel, mit denen Gebel, Herwegh, Freilich-
rath, Heine gewirkt hatten, wurden auch hier zur Anwendung ge-
bracht. Allerdings mit einer reifen Meisterschaft und einem
virtuosen Raffinement, das nicht Anfängerhasen und nichts Epigonen-
habes an sich hatte. Ganz neu und von einer überaus hohen,
unerhörten Kühnheit aber war der geistige und stoffliche Gehalt der
Verse, in denen zum erstenmal die Poesie des modernen Großstadt-
lebens und die Tragik des Proletariatsdaseins gestaltet erschien.
Nicht in verklärtem Lichte, nicht mit verhüllender Tendenz, son-
dern im grellen Schein der Wirklichkeit und mit unerbittlichem, oft
brutalem Wahrheitsmut zu Kunstwerken gestaltet, in denen das
Herzblut eines Dichters kochte und aus denen der Atem eines
Empörers und Rebellen den Leser gluthell anwehte. Die literarische
Wirkung des „Buches der Zeit“ war gewaltig. Jeder junge deutsche
Dichter, der etwas auf sich hielt, stießte stugs seinen Pegasus um
und statt der Rute ins alte romantische Band wurden jetzt Entdeckungs-
fahrten in die Arbeiterviertel, Hinterhöfe und Fabriken Berlins
unternommen. Der materielle Erfolg für den Dichter Arno Holz
aber bestand in einem Honorar von sage und schreibe 25 Mark, die
das epochenmachende Werk ihm einbrachte.

Dann ward es still um ihn und das deutsche Volk der Dichter
und Denker vergaß seinen Namen.

Da erhob sich, etwa ein halbes Jahrzehnt später, ein gewaltiger
Sturm in der deutschen Literaturreise und diesmal nahm auch das
Publikum teil an der Bewegung und Erregung. „Freie Bühne“
und „Gerhart Hauptmann“ lautete das Kampfschrei und
auf dem Panier, um das die Streiter sich scharten, stand das Wort
„Naturalismus“. Die erste Entscheidungsschlacht ward ge-
schlagen, als an einem Sonntagmorgen des Herbstes 1889 die
„Freie Bühne“ im Berliner Vestingtheater Hauptmanns dra-
matisches Erstlingswerk „Vor Sonnenaufgang“ auf die Breiter
brachte. Ganz Deutschland nahm an dem Ereignis teil. Die Buch-
ausgabe des Dramas aber, das damals in aller Hände war, enthielt
auf der ersten Seite die Widmung: „Dem Verfasser des Papa
Hamlet, in freudiger Anerkennung der durch sein Buch emp-
fangenen entscheidenden Anregung.“ Und bald erfuhr die Offen-
barkeit, daß der pseudonyme Autor des „Papa Hamlet“ kein
anderer war als Arno Holz, der die drei in dem Buche ver-

Wieder nichts!

Der nicht funktionierende Bürgerblock.

Die bürgerlichen Parteien haben sich gestern abermals
bemüht, die zweite Lesung ihres drakonischen Gesetzent-
wurfs gegen die Störung von Versammlungen zu Ende zu bringen.
Das ist ihnen auch gestern nicht gelungen. Sie haben die Verhandlungen drei Stunden
lang aufgeschoben, aber damit nichts anderes erzielt als eine
Reihe aufgeregter Szenen; der Gesetzentwurf des Entwurfs
sind sie nicht um einen Schritt näher gekommen. Nach den
Vorgängen vom Sonnabend und vom Dienstag hätten ihre
Führer voraussehen müssen, daß von ihrem Drängen kein
anderes Ergebnis zu erwarten war als eine Schädigung des
Parlamentarismus, sofern es ihnen nicht gelang, ihren An-
hang in beschlußfähiger Zahl im Reichstag zu versammeln.
Durch ihr ganz unverständliches Verhalten werden sie die Or-
ganisatoren einer bürgerlichen Niederlage.

Selbst die „Zeit“, das volksparteiliche Organ, muß zu-
geben, daß der Vorwurf des „Vorwärts“, die bürgerlichen
Parteien hätten sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt,
nicht grundlos sei. Um so erstaunter muß man sein, daß sich
die bürgerlichen Parteien darauf versteifen, am Mittwoch
einen neuen Beweis ihres Verfalls zu liefern. Dabei gerieten sie immer mehr unter die Führung der Deutsch-
nationalen, die ihre Taktik auf die glorreiche Idee aufbauten,
die Sozialdemokraten würden, um nicht die Diäten eines
Tages zu verlieren, bei namentlichen Abstimmungen im Saal
bleiben und damit die Beschlußfähigkeit des Hauses aufrecht-
erhalten. So wurde der Kampf, unter Vertrennung des
Gegners, auf ein Niveau der Erbärmlichkeit herabgezogen.
Als dann die Sozialdemokraten, wie selbstverständlich, bei
ihrer Taktik beharrten und durch Verlassen des
Saales die Beschlußfähigkeit herbeiführten, gab es wieder
lange Gesichter.

Es wäre dringend zu wünschen, daß die bürgerlichen Par-
teien die widerwärtig angenommene Ueberlegungsphase bis
zum 3. Mai benützten, um über die sachlichen Gründe der
Sozialdemokraten gründlich nachzudenken. Diese haben gestern
bei einem ihrer eigenen Abänderungsanträge die Beschlußfähigkeit herbeigeführt, da sie erkannten, daß die
Mehrheit nicht in der Laune war, diesen Antrag sachlich
zu würdigen. Den bürgerlichen Parteien ist damit die Möglich-
keit gegeben, den Gesetzentwurf, der in seiner gegenwärtigen
Form geradezu unsinnig ist und zu den schlimmsten Fehl-
urteilen Anlaß geben muß, noch einmal in aller Ruhe nach-
zuprüfen.

Nach drei Stunden fruchtlosen Streits räumten die Bür-
gerlichen das Feld. Die Sitzung wurde wegen Beschluß-
unfähigkeit geschlossen und eine neue anberaumt. Nun hätten
die Bürgerlichen in Verfolg ihrer bisherigen Taktik wieder
verlangt und durchsetzen müssen, daß ihr Entwurf an die
erste Stelle der neuen Tagesordnung gesetzt würde. Sie ver-
zichteten aber darauf, weil sie die Ruhlosigkeit ihres Be-
strebens endlich — warum nicht schon früher? — einsahen,
und nun konnten der Nachtragetat und die Erhöhung der
Krankenunterstützung der Kurzarbeiter glatt
erledigt werden. Die deutschnationalen Immerfestdruff-Poli-
tiker zeigten freilich nicht übel Lust, aus Verger über den miß-
lungenen Streich auch die Erledigung dieser dringenden Ent-
würfe zu vereiteln.

Die Gründe aber für die Erregungen der letzten Tage
liegen vielleicht doch noch etwas tiefer als in der mangelnden
Disziplin der bürgerlichen Abgeordneten. Sie liegen auch in
dem Mißbehagen eines Teils von ihnen über die sich im Reichs-
tag immer klarer herausbildende Parteikonstellation, in
ihrer Unlust, in einem Bürgerblock unter der Führung so be-
währter Reichsverderber wie Helfferich und Hertgen gegen
die Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu mar-
schieren. Dieses Mißbehagen, diese Unlust sind berechtigt, denn
was sich hier in immer schärferen Umrissen entwickelt, dient
nicht zum Wohl des Reichs.

Der Dolchstoß der Schwerindustrie.

Unsere Mitteilungen über den Kampf der Schwerindustrie
gegen die Markt haben die bürgerliche Presse veranlaßt, von
der Reichsregierung Aufklärung über die Vorgänge am De-
visenmarkt zu fordern. Das „Berliner Tageblatt“ teilt bei
dieser Gelegenheit mit, daß ihm von erst zu nehmender Seite
versichert worden ist, in den kritischen Tagen seien geschlossene
Finanzgruppen für die Hebung des Dollarkurses tätig ge-
wesen. Wir selbst haben vor wenigen Tagen mitgeteilt, daß
der Stinnes-Konzern als Devisenkäufer in
großem Umfange aufgetreten ist. Ergänzend sei dem heute
hinzugefügt, daß speziell die Herrn Stinnes nahestehe-
nde Berliner Großbank, die „Berliner Handelsgesell-
schaft“, als Großkäufer für Devisen auftrat. Außerordent-
lich zutreffend weist das „Berliner Tageblatt“ darauf hin, daß
die vielgeschmähte Devisennotverordnung die Möglichkeit gibt,
die wichtigsten Devisenkäufer namhaft zu machen und da-
bei auch zu ermitteln, ob die Devisenkäufe notwendig gewesen
sind. Es fährt fort: „Diese Untersuchung muß sofort vorge-
nommen werden, und ihre Resultate müssen schonungs-
los offengelegt werden. Erweist es sich als richtig, daß von
irgendwelchen Seiten ein Dolchstoß gegen die Abwehrfront an
der Ruhr geführt worden ist, so müssen diejenigen Kreise bloß-
gestellt werden, die ihn geführt haben — zur Verhinderung
von Verdunkelungen und zur Abschreckung für die Zukunft.“

Der Forderung nach einer Untersuchung können wir uns
nur anschließen, ja, wir halten sie zu einer Entgiftung der
politischen Atmosphäre für unbedingt notwendig. Viel ver-
sprechen kann man sich allerdings von der Untersuchung nicht,
nachdem die Reichsregierung bisher noch nicht soviel eigene
Initiative aufgebracht hat, um aus den ihr seit mehr als
acht Tagen bekannten Tatsachen die notwendigen
Konsequenzen zu ziehen. Man schreckt offenbar vor dem Ein-
fluß der Schwerindustrie zurück. Deshalb läßt sich schon jetzt
sagen: Ob Untersuchung oder nicht, fest steht, daß die Schwer-
industrie, ihr eigenes Interesse dem der Gesamtheit voran-
stellend, die Marktstützung unterhöhlt hat. Um das festzuhalten,
genügen vollkommen die Mitteilungen, die der Reichspräsi-
dent vor dem Reichsbank-Ausschuß gemacht hat. Wie auch der
Ruhrkampf ausgehen mag — wir hoffen, daß er trotz der
Schwerindustrie besser ausgehen wird, als sie es verdient —,
das deutsche Volk wird diejenigen nicht vergessen, die durch
eine neue Dollarkaufse seine soziale Verelendung in der höchsten
Not Deutschlands noch zu beschleunigen suchten! Dazu gehört
Herr Stinnes!

Deutschvölkische Helden.

Fleisch als Scheckfälscher und Dieb.

Der Student Fritz Werner Fleisch, gegen den vor einigen Tagen
wegen Betrugsversuches verhandelt wurde, wird sich demnächst auch
wegen schwerer Urkundenfälschung und wegen Scheckbetruges zu
verantworten haben. Fleisch wird beschuldigt, zwei größere
Schecks der Braunschweigischen Landesbank in Harzburg ge-
fälscht, bei der Bank vorgelegt und den Betrag für seine Zwecke
einkassiert zu haben. Ferner soll er seinem früheren Verteidiger
Rechtsanwalt Dr. Erwin Feld die Sprecherlaubnis für den
Mitangeklagten im Rathenau-Prozess, Riedel, ent-
wendet und auf dem Formular die Namen mehrerer weiterer
Angeklagten mittels Fälschung hinzugefügt haben. Mit dieser Ur-
kunde versehen, begab Fleisch sich vor und während des Prozesses
täglich als Rechtsanwalt Feld ins Leipziger Untersuchungsgefängnis
und hat dort mit den Angeklagten dauernd konferiert. Ein merk-
würdiges Licht wirft auf die Person des Fleisch noch die weitere
Beschuldigung, daß er seinem früheren Verteidiger,
Rechtsanwalt Dr. Ahrens, bei einem Besuch in dessen Bureau eine
wertvolle Aktentasche entwendet habe.

Der blauike Remeloberkommissar Smetona tritt zurück.
Er galt als Verständigungswilliger. Das hatte die blauike
Chowinisten im Remelgebiet auch veranlaßt, ein Vertrauensvotum
gegen ihn anzunehmen.

Dachkammer mitten im lauben Berlin. Noch immer hält er sich fern
von den Klagen. Noch immer ist er der unermüdeten Schaffende
und der resolute Streiter, der kein Bedenken trägt, auch dem
Mächtigen und Einflusreichen das Florett in den Leib zu rennen,
wenn er die Interessen der Kunst bedroht glaubt. Ein Idealist im
höchsten und reinsten Sinne!

Wird der große Dichter, der heute sein sechzigstes Lebensjahr
vollendet, es noch erleben, daß ihm die allgemeine Anerkennung
zuteil wird, auf die er Anspruch hat und die ihm die Nachwelt sicher
zollen wird? Es wäre dringend zu wünschen. Im Interesse von
Arno Holz und im Interesse des deutschen Volkes, das sonst einen
neuen Fall Heinrich von Kleist in das Buch seiner Schande ein-
tragen mußte. John Schikowski.

Die Entschmäderung des Reichstagsgebäudes. Ueber die Ent-
fernung der früheren Hoheitszeichen innerhalb und außer-
halb des Reichstagsgebäudes hat sich der Ausschussauschuß
ein Gutachten von Kunstschaffenden erteilen lassen. Die Gut-
achter Bildhauer Hugo Lederer, Stadtbaurat Ludwig
Hoffmann, Reichskunstwart Redtke und Oberregierungs-
baurat Groß kommen zu dem Ergebnis, daß die Hoheitszeichen
(Kronen, Wappen, Zepher usw.) als Schmuckteile so eng mit der
architektonischen Ornamentik des Gebäudes verbunden sind, daß ihre
Entscheidung eine schwere Schädigung der künstlerischen Gesamtwirkung
bedeuten würde.

Das ist zweifellos richtig. Auch die geschmackloseste Ornamentik
kann dadurch noch schmerzlicher gestaltet werden, daß man aus ihrem
vertrüppelten Organismus einzelne Glieder herausdrückt. Wie wäre
es aber, wenn man mit dem ganzen überladenen Dekorationsprunk
relativ aufräumte, der den an sich nicht allzu schlimmen Balken-
bau zu einer architektonischen Karikatur verzerrt? Diese pomp-
haften „Schmuckstücke“ sind dem Gebäude, namentlich im Innern,
zum Teil ganz unorganisch auf- und angeklebt, sie betonen und heben
nicht die rein architektonische Wirkung der Räume, sondern sie ver-
decken, fälschen und zerstören sie. Das Gutachten der vier Sach-
verständigen in Ehren — aber man sollte einmal den Versuch machen,
neben dieser theoretischen Kritik praktische Entwürfe zur
dekorativen Umgestaltung des Reichshauses aus-
arbeiten zu lassen. An Architekten, Pastilern und Malern, die
einer solchen Aufgabe gewachsen wären, fehlt es uns nicht.

Der Berliner Volkschor, der den Berliner Arbeitern seit vielen
Jahren die herrlichsten Schöpfungen der großen Tondichter in muster-
haften Aufführungen vermittelt, brachte Dienstagabend in der
alten Garnisonkirche Verdiz „Requiem“ zu Gehör. Das 1874
zum erstenmal aufgeführte Werk, das der üblichen Kirchenmusik sehr
wenig ähnelt, gibt der Glat seines Empfindens ergreifenden Aus-
druck. Die Solisten Heria Stolzenberg, Emma Hilmar-Hansen,
Paul Bauer und Professor Albert Fischer, das verstärkte Bläseror-
chester und der Chor unter Dr. Ernst Janders Leitung be-
mühten sich mit Liebe und reifem Können um die gelungene Wieder-
gabe der in der Langpolen lateinischen Sprache gelungenen Tönen,
wobei die Verdi dem Andanten des italienischen Dichters Manzoni
widmete. Namentlich der achtsünmige Sanctus zeigte den Doppel-
chor auf der Höhe seines Könnens. br.

einigen Erzählungen zusammen mit seinem ersten Jünger und An-
hänger Johannes Schloß verfaßt hatte. In diesen Erzählungen, die
später durch andere vermehrt unter dem Titel „Neue Geleise“
veröffentlicht wurden, lehrte Holz der deutschen Poesie eine neue
Form und eine neue Technik geschaffen. Ihre Grundlage bildeten
eine exakte Beobachtung der Wirklichkeit und eine rücksichtslose
Wiedergabe des Beobachteten. Alles, was den äußeren und inneren
Sinnen erfassbar war, wurde zur Erzielung einer Wirkung zusam-
mengeballt, die in ihrer Wucht und Eindringlichkeit kaum noch
„literarisch“ genannt werden durfte, sondern den Eindringen des
Lebens selber nahe kam. Zahllose, bisher ungenutzte Quellen dichte-
rischen Schaffens waren dadurch erschlossen und im deutschen Dichter-
walde sproßten nun allenthalben urwüchsige Stämme auf, die ihre
Nahrung in dem Boden fanden, den Arno Holz entdeckt und be-
reitet hatte. Gerhart Hauptmann, Max Halbe, Otto Erich Hart-
leben und viele andere ernteten die Früchte.

Um Arno Holz aber ward es wieder stille. Nur hier und da
hörte das große Publikum seinen Namen, wenn für den schweren
Not leidenden Dichter, der eine Zeitlang seinen Lebensunterhalt
durch Herstellung von Kinderpielzeug fristete, eine wohlthätige
Sammlung veranstaltet wurde. Oder als das Drama „Traumu-
sus“ über die deutschen Bühnen ging, auch ein Spielzeug für
erwachsene Kinder, das der Dichter mit seinem Jugendfreund Doktor
Jerschke verfaßt hatte und dessen Ertrag ihn für eine Weile der All-
tagsorgen entband. Oder als die „Daphnis-Lieder“ er-
schienen, die nicht ihres künstlerischen Wertes, wohl aber ihrer
„Sitantieren“ wegen, selbst von ostelbischen Agrariern hochgeschätzt
wurden.

Da brach sich eine neue Richtung in der deutschen Literatur
Bahn. Der Naturalismus wurde vom „Expressionismus“
abgelöst. Es gab wieder viel Lärm und Bewegung und die Geister
erhoben sich für und wider das revolutionäre Neue. Und als der
erste Sturm sich gelegt hatte, stellte sich heraus, daß das Wesent-
lichste von dem, was die Neuerer anstrebten, schon vorher in Werken
von Arno Holz erreicht und geleistet worden war. Daß sein igrisches
Weibbild „Phantasia“ und sein gewaltiges Drama „Ignora-
ralimus“ des künstlerische Prinzip des Expressionismus bereits
in bewußter und konsequenter Weise zur praktischen Anwendung
gebracht hatten. Die Entdeckung des Rhythmus als des formalen
Grundprinzips aller Dichtung war das Werk von Arno Holz ge-
wesen, bevor die expressionistischen Wortführer das Schlagwort
proklamiert hatten. Als dieser Tatbestand vor einigen Jahren fest-
gestellt wurde, erhob Holz energisches Protest. Aber es hilft ihm
nichts: Die Mänsigen von heute nehmen ihn für sich in Anspruch
und seine letzten Dichtungen bezeugen die Tatsache, daß er, freiwillig
oder unfreiwillig, der Führer zweier aufeinander folgenden Jugend-
generationen ist.

Der literarische Expressionismus kämpft heute noch selber um
die Anerkennung seiner Erstgenberechtigung. Aber auch ihm wird
einst der Sieg zufallen, und es drängt sich die Frage auf: Werden
dann wieder die Nachfolger die Früchte ernten, die Holz geerntet hat?
Wird sein Schicksal wieder das selbe sein wie das, das dem Begrün-
der des Naturalismus vor einem Menschenalter zuteil ward? Ein
deutsches Dichterschicksal vor erschütternder Tragik! Noch immer
haucht Holz in der schon von der Legende umwobenen einsamen

Rüftet zum 1. Mai! Parteigenossen, sorgt dafür, daß dieser Tag eine gewaltige Kundgebung der gesamten arbeitenden Bevölkerung wird!

Hitler als Rechtsbolschewist.

Vernünftige Worte — wo bleiben die Taten?

München, 25. April. (WZ.) Die Bayerische Volkspartei korrespondenz schreibt zu dem Ergebnis der Landtagsausprache über die nationalsozialistische Partei u. a.: Je mehr sich der revolutionäre Charakter der Nationalsozialisten herausstellt, je öfter sie mit dem Gedanken spielen, Bayern in das Unglück eines nationalsozialistischen Putsches zu stürzen und je mehr sich der Nationalsozialismus als Rechtsbolschewismus entthüllt, desto klarer wird einem solchen Gebaren gegenüber die Stellungnahme für eine Partei, die in der Ausführung solcher Pläne das schwerste Verbrechen am bayerischen Volke und dem gesamten deutschen Vaterlande sieht. Leider ist man sich in einem Teil der vaterländischen Verbände über diese Gefahr noch nicht im klaren. Man ist dort bisher von den äußeren Erfolgen Hitlers geblendet und überschätzt die innere Kraft der nationalsozialistischen Bewegung. Die falsche Beurteilung, die die nationalsozialistische Bewegung in einzelnen dieser vaterländischen Verbände findet, kann eine verantwortliche Regierung und verantwortliche Regierungspartei bei aller Sympathie für die vaterländische Bewegung nicht abhalten, einen klaren Strich gegen die staatsgefährlichen Bestrebungen der Nationalsozialisten zu ziehen.

So erfreulich es ist, daß man auch in den bürgerlichen Parteien Bayerns den revolutionären und staatsgefährlichen Charakter der hitlerischen Bewegung einzusehen beginnt, so wenig kann es befriedigen, wenn sich diese Einsicht auf Worte beschränkt. Ober soll man den Trennungsstrich der „verantwortlichen Regierung“ und der „verantwortlichen Regierungspartei“ vielleicht darin erblicken, daß man den Herren Reaktionen Sondernzüge zur Verfügung stellt, daß man ihnen gestattet, vor den Toren der Stadt „Feldübungen“ abzuhalten und innerhalb der Stadt Paraden abzunehmen, während man einen sozialdemokratischen Abgeordneten, wie im Fall Blumtritt, der blinden Dame Justitia in die Arme treibt, weil er innerhalb der Grenzpfähle Bayerns zu sagen wagt, was man sich außerhalb Bayerns auf allen Straßen erzählt?

Gegen terroristische Umtriebe.

Maßnahmen in Württemberg.

Stuttgart, 25. April. (WZ.) Im „Staatsanzeiger für Württemberg“ wird eine auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches erlassene Verordnung des Staatsministeriums betreffend die außerordentlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bekanntgegeben. Zur Begründung dieser Maßnahmen wird mitgeteilt: Der Erfolg der Verordnung ist darauf zurückzuführen, daß in neuerer Zeit auch in Württemberg die Bestrebungen immer mehr zugenommen haben, die darauf ausgehen, einerseits unter Mißbrauch, andererseits unter Bedrohung der in Württemberg aufrechterhaltenen Vereins- und Versammlungsfreiheit mit Maßnahmen terroristischer Art vorzugehen. Ein solches Vorgehen stört und gefährdet die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufs schwerste. Die Staatsregierung, die nicht dulden kann, daß unverantwortliche Kräfte in ihren Amtsbereich eingreifen, sah sich daher veranlaßt, den übten Auswüchsen mit besonderen Strafbestimmungen entgegenzutreten. Wer künftig bewaffnet Versammlungen besucht, wer nicht-verbundene Versammlungen durch Gewalt oder Drohungen verhindert oder sprengt, wer insbesondere in unbefugter Weise Sturmtruppen und dergleichen angeführt, an ihnen teilnimmt oder zu ihrer Bildung auffordert, hat in allen Fällen Gefängnisstrafen nicht unter einer Woche, neben denen noch auf hohe Geldstrafe erkannt werden kann, zu gewärtigen. Die bestehenden Ver-

Die Tanzwut — eine Zeitscheuche. Führende Irrenärzte der Vereinigten Staaten zeigen sich mehr und mehr besorgt über die fortschreitende Ausbreitung der in der Masse des Sports auftretenden Tanzkrankheit, die wie eine wahre Seuche das Land heim sucht. Dr. Arthur P. Boyes, der Leiter des psychiatrischen Dienstes im Gesundheitsamt zu Washington, vergleicht die grassierende Tanzwut geradezu mit dem sogenannten Tarantismus oder dem St. Vitustanz, jener epidemischen Volkskrankheit des Mittelalters, die im 14. Jahrhundert, zumal in Europa, wütete und die von religiösem Wahnsinn ergriffenen zum unaufrührlichen Tanzen zwang, bis ihnen Schweiß aus dem Munde quoll und sie unter Zuckungen wie tot zu Boden stürzten. Man weiß längst, daß der Biß der Tarantel spinne, den man für die Tanzwut verantwortlich machte, damit nicht das geringste zu tun hat, daß vielmehr solche älteren Angaben auf Aberglauben und Heberwerbungen zurückzuführen sind. Die Tanzseuche, wie sie jetzt wieder in Amerika auftritt, beruht in Wahrheit auf einer psychischen Ansteckung, die unter bestimmten Umständen den Tanzwahnsinn auslösen kann.

Singvögel als Leckerbissen. Man weiß, daß alljährlich unzählige Singvögel auf ihrem Zuge nach Norden oder Süden der über italienischer Vogelfelder zum Opfer fallen. Diese Robheit ist in Italien uralt; schon zur römischen Kaiserzeit galten Singvögel als Leckerbissen, und die Schlemmer bevorzugten besonders die besten Sänger. Horaz erzählt, daß die Söhne eines Arztes teuer gekaufte Nachtigallen verpestet hätten, und ein Freund des Cicero, der Schauspieler Aesopus, ließ gar einmal eine Schüssel aufräumen, deren Inhalt auf 100 000 Sesterterien (etwa 15 000 Goldmark) geschätzt wurde; sie war nämlich mit gebratenen Vögeln gefüllt, welche sich durch Gesang oder durch Sprechen ausgezeichnet hatten, und wozon jeder 6000 Sesterterien (etwa 954 Goldmark) gekostet hatte. Heliojabolus, einer der infamsten Halunken, die Roms Thron bestiegen haben, glaubte seiner Gästen nichts Wohlgeschmeckteres vorsetzen zu können, als die Köpfe wertvoller Papageien. Für gut abgerichtete Vögel wurden bei den Römern überhaupt enorme Preise bezahlt, was bei dem Luxus des kaiserlichen Roms leicht erklärlich ist. Plinius erzählt, daß eine weiße Nachtigall, welche der Kaiserin Agrippina geschenkt war, 6000 Sesterterien gekostet habe. Im allgemeinen richtete sich aber bei der Schätzung der Vögel das Interesse der Römer auf den Wohlgeschmack, auf die Seltenheit oder auch das Auffällige in der Ab-

Als Vorstand der Berliner Sezession für das Ausstellungsjahr 1923/24 wurden gewählt: Louis Corinth, Eugen Spiro, A. v. Finelli, Ernst Dreyer, A. v. Köhner, Max Müller, Ernst Wenz. Die Jury setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Louis Corinth, v. Finelli, Artzt, Müller, C. Dreyer, Köhner, Spiro, Scheuch, Schell, Steinhardt, Waack, Wend.

Die Suburbaner Kunstausstellung. Charlottenburg, Rosenthalstr. 85, veranstaltet im Mai eine Kollektiv-Ausstellung von Gemälden, Aquarellen, Wandzeichnungen und skulptierten Plakaten von Georga Alexander Katschew, dem künstlerischen Leiter der Abteilung für Tisch- und Steinbruch an der Staatlichen Akademie in Peking.

Ueber die Frage des Rechts auf die Arbeitslosenrente spricht für die Gesellschaften für Geschlechtskunde und Sexualreform heute abend 7 1/2 Uhr im Institut Georgenstr. 36, Reichsanwalt Sachs. Eintritt 300 M.

hände der genannten Art sind verboten worden. Die Regierung wird dafür sorgen, daß die Verordnung unachsichtlich gegen jeden angewandt wird, der gegen die getroffenen Bestimmungen verstößt.

Deutsch-russischer Schiffstausch.

Moskau, 25. April. (DE.) Verhandlungen über die Ausführung des Rapallo-Vertrages zwischen Botschafter Graf Brockdorff-Rauhan und Litwinow führten zu einem Vertrag über das Schicksal der während und nach dem Kriege in deutsche Hände oder umgekehrt übergegangenen Schiffe. Es wurde vereinbart, daß die während des Krieges beschlagnahmten Schiffe in der Hand des heuligen Eigentümers bleiben. Die Schiffe dagegen, die nach dem Brest-Litwischer Frieden ihren Besitzer wechselten, sollen ausgetauscht werden, und zwar so, daß beide Länder den gleichen Schiffraum austauschen.

Das englische Gericht hat entschieden, daß 9 seit dem Kriege in die englische Flotte eingestellte russische Schiffe der russischen Freiwilligen-Flotte zurückzuerstatten seien. Die Höhe der von der britischen Regierung zu zahlenden Entschädigungssumme für die Benutzung der Fahrzeuge wird durch ein neues Gericht festgesetzt werden.

Der Staat bin Ich.

Rom, 25. April. (EE.) Der Große Rat der Faschisten nahm einstimmig einen Beschluß an, worin Mussolini bestätigt wird, daß er mit seiner Erklärung, die auf die Mitarbeit der Volkspartei verzichtet, den Auffassungen der gesamten Faschistenpartei entspreche, nämlich daß der Faschismus sich zum Wiederaufbau der Nation nicht auf parlamentarische Kompromisse einlassen solle. Die faschistische Politik der Wiederherstellung der religiösen und moralischen Werte (z. B. Abzinsungszwangung der Nichtfaschisten. Red.) sei völlig unabhängig von der Zustimmung oder Ablehnung der Parteien, die behaupten, das Konopol über die katholischen Gewissen des Landes zu haben.

Prozeß Kuttner—Davidsohn.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

In der fortgeführten Beweisaufnahme bekundet die Zeugin Frau Juergelus, daß der stark betrunkene Eichhorn morgens 7 Uhr von ihr, die noch im Bette lag, unter schweren Drohungen den Hausschlüssel verlangte; er hatte außer seinem Karabiner und mehreren Handgranaten auch zwei Weinsflaschen bei sich.

Ein anderer Hausbewohner, der Zeuge Briefmeister, bekundet gleichfalls, daß Eichhorn angetrunken war und schildert dann die Erschießung, die er aus einiger Entfernung und nicht genau mit angesehen hat. Eichhorn hatte zuvor zweimal auf das Duergebäude im Hof geschossen, die nachkommende Patrouille hatte das Gewehr Eichhorns untersucht und auf die Feststellung, daß daraus geschossen worden war, ihm das Gewehr abgenommen. Es gelang aber Eichhorn, sich des Gewehrs wieder zu bemächtigen, ebenso auch einer der ihm abgenommenen Handgranaten und schließlich noch eine Handgranate aus der Gruppe in den Vorgarten, allerdings ohne zu explodieren. Im selben Augenblick fielen zwei Schüsse und Eichhorn kam zusammen.

Die 72 Jahre alte Frau Baranche bestätigt, daß nach dem Fenster ihrer Wohnung geschossen wurde; ob Eichhorn der Schütze war, weiß sie nicht. Zeugin Fräulein Ricker wohnte ebenfalls Schiffbauerdamm 35. Sie hatte Eichhorn gegen 8 Uhr morgens eingelassen durch die verlassene Haustüre; er wollte auf den Dachboden. Später hat sie Kuttner mit seiner Patrouille geöffnet. A. hat von ihr den Hausschlüssel verlangt, mit dem sie wieder schließen wollte. Als sie sich weigerte, habe Kuttner ihr dreimal gedroht, sie zu erschießen. Die Zeugin sah, wie Eichhorn Gewehr und Handgranaten abgenommen wurden. Eine Granate hat Eichhorn selbst in den Garten geworfen; ob er noch weitere hatte, vermag die Zeugin nicht zu sagen. Nach Kuttners Schüssen hätten die Soldaten Bravo gerufen. Nach Auffassung der Zeugin hätte Kuttner den Eichhorn nicht niederzusehen brauchen. Heute des Hauses hätten deshalb Mörder gerufen. Von dem Kuttner in den Mund gelegten Wort: „Ich kenne Dich, Du bist ein Spartakist!“, hat die Zeugin nichts gehört.

Zeuge Kistenmacher gehörte der Kuttnerschen Kompanie an und schildert die Entwaffnung des Eichhorn. Nachher sei er wieder in den Besitz einer Handgranate gekommen und hielt sie so, als ob er abziehen wollte. In diesem Augenblick habe Kuttner geschossen. Die ganze Patrouille wäre erledigt gewesen, wenn die Handgranate schon entzündet war.

Zeuge Mittag, jetzt in Essen o. d. Ruhr, bekundet, Eichhorn habe eine Handgranate in der Hand gehabt, deren Transportkapsel bereits gelöst war. Er habe die Situation für so gefährlich gehalten, daß er und auch einige Kameraden schließen wollten. Wenn Kuttner nicht geschossen hätte, hätte ein anderer der Patrouille geschossen. Mittag kannte Eichhorn aus dem Reichstag als gewalttätig und dem Trunke ergeben. Mittag hat nach den Schüssen die Handgranate aufgehoben und mit in den Reichstag genommen. Sie war entzündet. Vor den Schüssen habe Eichhorn in Stellung gestanden, wie man beim Abziehen steht. Eine zweite geschriebe Handgranate lag ebenfalls am Boden.

Dem Zeugen Kiech, aus dem Hause Schiffbauerdamm 36, habe nach seiner Angabe Kuttner gesagt, wenn der Mann nicht pariere, erschieße er ihn. Davor habe ihn der Zeuge gewarnt, da Eichhorn Familienvater sei. Eichhorn habe sich dann wieder 2 Handgranaten verschafft, mit denen er herumgesteuert; auch einen Karabiner habe er nochmals einem Kameraden entziffen. Eine Handgranate und den Karabiner habe Eichhorn in der Hand gehabt, als Kuttner schoß. Eine Handgranate habe er vorher weggeworfen, weil er den Karabiner haben wollte. Eichhorn war sehr aufgeregt und angetrunken. Der Portier hatte daher den Reichstag angerufen, man möge Eichhorn abholen, nachdem er im Hause auf ein Fenster geschossen habe.

Zeuge Lange, der zur Patrouille gehörte, fand Eichhorn, der den Kameraden 2 Handgranaten entziffen; an einer bemühte er sich, die Sicherungskapsel zu lösen. Deshalb entzündete der Zeuge sein Gewehr und erklärte, er hätte geschossen, wenn Kuttner nicht geschossen hätte. Er habe sich

in Notwehr

geführt; er hätte den Eindruck gehabt, als ob Eichhorn ihn die erhobene Handgranate auf den Schädel schlagen wollte; auch sei er der Meinung gewesen, daß er abziehen wollte. Da seien die zwei Schüsse gefallen. Der Zeuge war nicht der Meinung, daß der Erschossene ein Spartakist sei. Zur Klärung, wer Eichhorn eigentlich sei, möchte man ihn mit nach dem Reichstag nehmen.

Nach einer Mittagspause wird die Beweisaufnahme fortgesetzt. Zeugin Fräulein Hemm aus dem Hause Schiffbauerdamm 36 bekundet, daß Eichhorn dem Zivilisten, der ihn in total waffenlos, betrunkenem Zustande erschoss, zwischen dem 1. und 2. Schuß zugerufen habe: „Dir kenn ich, du bist ein Spartakist!“ Eichhorn habe vorher eine Handgranate in den Vorgarten geworfen.

Zeuge Schmiedede, damals bei der Patrouille, ist schnell hinter einen Baum gesprungen, als Eichhorn mit der Handgranate Kuttner nachließ und sie dabei entzündete. Dann fielen die zwei Schüsse. Die anderen Soldaten hätten sich auch verkrüppelt. Privatkläger Kuttner weist gegenüber Davidsohns Verteidigern

daraufhin, daß schon nach seinem Taterlaß Eichhorn ihm mit der Handgranate gefolgt ist.

Zeuge Köppen, Hausbewohner vom Schiffbauerdamm 35, hat Eichhorn bei der Durchsuchung des Dachs bis auf den Boden begleitet. Schüsse fielen — ob von Eichhorn abgegeben, weiß der Zeuge nicht. Eichhorn war angetrunken und hatte 1—2 Weinsflaschen bei sich. Die Erschießung Eichhorns hat der Zeuge nicht mit angesehen, sondern nur vorher einen Streif gehört. Handgranaten bei der Leiche hat der Zeuge nicht gesehen, Zustimmungsrufe nach der Erschießung nicht gehört. Der Zeuge meint, 14 Soldaten hätten mit Eichhorn auch anders fertig werden können — ob Eichhorn aber zuletzt Waffen gehabt hat, weiß er nicht. Er stand etwa 6 Meter entfernt, als die zwei Schüsse fielen.

Zeugin Frau Köppen bekundet, daß Eichhorn vollständig waffenlos gewesen sei, als Kuttner auf ihn schoß. Nach dem ersten Schuß habe Eichhorn gerufen: „Dir kenn ich, du bist ein Spartakist!“

Privatkläger Kuttner weist darauf hin, daß die Zeuginnen, die im Gegensatz zu vielen anderen Zeugen vollständige Waffenlosigkeit des Eichhorn bekunden, vom Fenster aus zusehen.

Auf eine Frage des Verteidigers Liebnecht räumt die Zeugin als möglich ein, daß ein anderer als Eichhorn gerufen habe: „Dir kenn ich, du bist ein Spartakist.“ Auf eine Frage von Justizrat Werthauer bekundet sie, von ihrem Parterrefenster aus gesehen zu haben, wie Eichhorn sprach, als jene Worte ertönten.

Zeuge Schallnat, Hausbewohner vom Schiffbauerdamm 36, hat das

Schießen Eichhorns gegen die Fenster des Seitenflügels und seine Entwaffnung mit angesehen. Als die Handgranate geflogen kam, suchte der Zeuge Deckung und hörte zwei Schüsse. Eichhorn war ganz außer sich und auch von mir nicht zu befehlen. Er wehrte sich energig gegen die Entwaffnung. Ob Eichhorn zuletzt etwas in der Hand hatte, kann der Zeuge nicht bekunden. Er hat Kuttner gesagt, daß er selbst ebenso gehandelt hätte, denn Disziplin müsse sein.

Zeuge Schulz, damals bei der Patrouille, schildert die Erregung des schwer betrunkenen Eichhorn, als Kuttner kam, und dessen Bedrohung mit der Handgranate unter den Worten: „Rut könnt ihr kommen!“, worauf Kuttner ihm zuredete, er aber rief: „Du bist erkannt, du bist ein Spartakist!“ Als Kuttner schoß, hielt Eichhorn die Handgranate abzugsfertig in der Hand

und ging auf Kuttner los. Der erste Schuß traf in einen Arm, der zweite in die Brust. Verschiedene Soldaten hatten die Gewehre angelegt. Eichhorn sollte wegen seiner Betrunktheit mit uns zurüd, weigerte sich aber.

Zeuge Lukas, ebenfalls seinerzeit im „Regiment Reichstag“, hat aus Berichten über den Vorfall gehört. Die Absicht Kuttners, die Kompanieführung niederzulegen, wurde von den Kameraden vereitelt. (Die Gegenseite hatte behauptet, Kuttner hätte sich im Reichstag nicht mehr leben lassen dürfen.) Der Zeuge bleibt trotz aller Antretungen Räubers bei seiner Aussage.

Der von Davidsohn geladene Zeuge Georg Büttner war bei der 3. Kompanie. Er kam noch vor Kuttner in das Haus und hat gesehen, wie

Eichhorn eine entzündete Handgranate schwang, die er ihm entziff, stürzte und einfiel. Eichhorn hatte noch eine zweite Handgranate; es schien, daß er sie werfen wollte, als eben die zwei Schüsse fielen. Wären sie nicht gefallen, so hätte er die Handgranate wohl sicher geworfen. Eichhorn war so betrunken, daß man gar nicht auf ihn einwirken konnte.

Damit sind die Tatzeugen erschöpft. Der Vorhänder regt einen Vergleich an,

da, soweit möglich, Klarstellung erfolgt sei. Der Vorhänder legt Davidsohn nahe, daß doch von Mord oder Totschlag nicht gesprochen werden könne.

Da Rechtsanwalt Liebnecht nur eine „gewisse Verschöbung“ des Ergebnisses der vorigen Verhandlung anerkennt, erklärt die Klagepartei weitere Vergleichsversuche als zwecklos.

Es folgen die sogenannten „Eindruckszeugen“. Zeuge Braune gen. Reue — Kunstmaler, jetzt Kaufmann — bekundet, daß die Meinung einmütig war, Kuttner habe in gerechter Notwehr gehandelt und

das Leben der Patrouille gerettet.

Auf Kuttners Verlangen hat der Zeuge alle Beute für das Gericht vernommen, denn Kuttner wollte vermeiden, daß ihm nachgefollt werde, er hätte etwas begangen, ohne eine Untersuchung einleiten zu lassen. Auf eine Frage Kuttners erklärt der Zeuge noch, deutschnational organisiert zu sein; damals hätten aber alle deutschen Männer sich vereinigen müssen, um die Ordnung wiederherzustellen.

Zeuge Luz war Zugführer im Regiment Reichstag und sagt im Sinne des Vorredners aus; von gegenteiligen Stimmen weiß er nichts.

Zeuge Krause, damals stellvertretender Regimentskommandeur des „Regiments Reichstag“, hat den Eindruck gehabt, daß Kuttner im Interesse der Kameraden und in seinem eigenen gehandelt habe. Kuttner sei zum Schließen berechtigt gewesen, daher habe man ihm die Führung der Kompanie belassen. Der Zeuge gibt außerdem Auskunft über die schwierigen Verhältnisse im Regiment.

Zeuge General a. D. Grautoff, von damaligen Kriegsministerium ernannter Führer des „Regiments Reichstag“, bekundet, daß Kuttner ihn um eine Untersuchung des Falles gebeten habe. Persönlich habe er den Eindruck gehabt, daß Kuttner aus dem Empfinden heraus handelte, daß er angegriffen sei. Ob Kuttner in der Erregung vielleicht zu weit gegangen sei, könne er nicht bestimmt sagen. Der Bericht, der auf Grund der Ermittlungen des Berichtsoffiziers eingereicht wurde, besagte, daß Kuttner in Notwehr gehandelt habe. Dem Zeugen hätten in jenen Tagen viele Beute widersprechende Schilderungen des Vorfalls gegeben. Als Mensch habe er den Eindruck, daß Kuttner in begrifflicher persönlicher und in der allgemeinen Erregung reichlich weit gegangen war. Zwischen dem Zeugen und den beiden Parteien entspinnt sich eine lebhafteste Auseinandersetzung über die Frage der Befähigung durch eine Handgranate. Der Zeuge erklärt, vor dem Schöffengericht habe er nur ausgesagt, daß in der alten Armee ein Kompanieführer, der einen betrunkenen Soldaten nicht anders hätte zur Raision bringen können als dadurch, daß er ihn erschoss, als Kompanieführer wohl erledigt gewesen wäre, auch bei gerichtlicher Freisprechung.

Zeuge Jakoby führte die Todesliste des „Regiments Reichstag“, in die er Eichhorn als gefallen eintrug. Eichhorn sei ein beliebter und tüchtiger Soldat gewesen, man sei allgemein (das sagt nur dieser Zeuge Red.) empört gewesen, daß er ums Leben gekommen wäre.

Zeuge Rechtsanwalt Schwere, damals stellvertretender Berichtsoffizier, hat im Ermittlungsverfahren objektiv und unvoreingenommen die Zeugen vernommen und dabei den Eindruck gewonnen, daß eine strafbare Handlung nicht vorlag. Der Zeuge hat Notwehr angenommen; trotzdem wurden die Akten, wie immer in solchen Fällen, an die Staatsanwaltschaft überliefert.

Prof. Sachs, damals Arzt im Reichstag, kann über die Verwundungen Eichhorns nichts ausagen.

Damit wird die

Beweisführung geschlossen.

Liebt die Frage, ob Kuttner aus dem Reichsbund für Kriegsschädigte hinausgeschossen sei, lehnt das Gericht die Fragevernehmung ab, da Davidsohn das nicht mehr aufrechterhalte. Dann wird um 6,30 Uhr die Verhandlung auf heute Donnerstag 10,30 Uhr vertagt.

Gewerkschaftsbewegung

Dollarpreise und Papiermarklöhne.

Als die Regierung den Spekulanten, die frenetisch auf den Zusammenbruch Deutschlands im Ruhrgebiet spekulierten, in die Arme fiel, erklärten die Unternehmer, und die Regierung tat es ihnen nach, daß von weiteren Lohnerhöhungen keine Rede sein könne. Der Dollar war auf 20 000 „geunken“, sollte auf diesem Stand „stabilisiert“ werden, folglich dürften keine Lohnerhöhungen mehr vorgenommen werden.

Die Unternehmer blieben also auf ihren Sachwerten, Uebergewinnen, Devisen und Dollarpreisen sitzen und forderten von den Arbeitern, daß sie sich mit ihren Papiermarklöhnen begnügten. Das war die sogenannte Markstabilisierung. Heute muß man davon ja schon in der Vergangenheit sprechen.

Der Dollar hat sich inzwischen auf 30 000 „stabilisiert“ und man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusehen, daß er sich bei der Wirtschaftspolitik der Regierung noch weiter in die Höhe „stabilisiert“ wird. Die Papiermarklöhne der Arbeiter und Angestellten werden sich noch mehr entwerten, die aus der wachsenden Distanz zwischen Papiermark und Dollar entstehenden Uebergewinne der Unternehmer werden noch mehr steigen. Nichtsdestoweniger erklären diese die Lage noch für zu „unübersichtlich“, um Lohnerhöhungen, die ja längst keine mehr sind, zuzugestehen. Soweit Ausgleichszahlungen zugestanden werden, beschränken sie sich auf 5 oder 10 Proz.

Diese systematische Reduzierung der Löhne, dieser mit Hilfe der Dollarpreise vorgenommene Lohnabbau hat uns bereits in eine Wirtschaftskrise hineingeführt, die ohne Beispiel ist. Die Spekulationspolitik der Unternehmer muß unweigerlich zu einem Zusammenbruch der Wirtschaft führen, wenn ihr jetzt nicht endlich einmal Einhalt geboten wird.

Der 1. Mai in den Reichsbetrieben.

Die Reichsregierung hat hinsichtlich des Dienstes der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbehörden und Reichsbetriebe am 1. Mai folgende Regelung getroffen:

In den Ländern, in denen der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag landesrechtlich anerkannt ist, ist auch in den Reichsbetrieben und -betrieben auf die Bundesgesetzgebung Rücksicht zu nehmen.

In den Ländern, in denen der 1. Mai nicht als gesetzlicher Feiertag gilt, haben Beamte, Angestellte und Arbeiter, welche zwecks Teilnahme an einer Feier am 1. Mai dem Dienst oder der Arbeit fern bleiben wollen, rechtzeitig bei ihrem Dienstvorgesetzten um Befreiung vom Dienst nachzusuchen. Solchen Anträgen ist grundsätzlich überall soweit zu entsprechen, als dadurch die notwendige Fortführung des Dienstbetriebes nicht in Frage gestellt wird. Bei der Entscheidung über derartige Gesuche soll nicht engherzig verfahren werden.

Die hiernach beantragte und bewilligte Freizeit ist bei Beamten und Angestellten auf den Erholungsurlaub anzurechnen. Das gleiche kann auf Wunsch bei Arbeitern geschehen. Wird von Arbeitern nicht ausdrücklich um Anrechnung auf den Erholungsurlaub nachgesucht, so wird für die Dauer der Arbeitsverhinderung Lohn nicht gewährt.

Von der Anrechnung auf den Erholungsurlaub oder der Lohnkürzung kann abgesehen werden, wenn die Nachholung der veräußerten Arbeitsstunden anderweitig sichergestellt ist. In Betrieben, in denen Dienstbefreiung zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse an staatlich nicht anerkannten Feiertagen ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub und ohne Lohnkürzung gewährt wird, gilt das gleiche auch für Dienstbefreiungen am 1. Mai.

Die örtlichen Sonderzuschläge der Beamten.

Die in der Zeit vom 19. bis 24. April im Reichsfinanzministerium abgehaltenen Verhandlungen über die örtlichen Sonderzuschläge der Beamten führten zu einer Regelung für das alt- und neubesetzte Gebiet, die Grenzbezirke und insgesamt 14 Großstädte mit zahlreichen Vororten. Die weitergehenden Wünsche der Beamten und Gewerkschaften, die in den verschiedenen Bezirken vorhandenen Mängeln durch Berücksichtigung einer größeren Zahl von Orten auszugleichen, wurden von der Regierung abgelehnt. In vielen Orten gehen auch nach der neuesten Regelung die Beamten leer aus. Daß dadurch die Stimmung in der Beamtenschaft verbessert wird, kann die Regierung kaum annehmen. Die von ihr bei den Verhandlungen gemachten Zugeständnisse unterliegen noch der Befreiung des Reichstags, die aber erst Anfang Mai zu erwarten ist. Die Zuschläge selbst sollen rückwirkend ab 1. März gewährt werden. Der für das besetzte Gebiet höchste Prozentsatz beträgt 624; auf Hamburg entfallen 260, auf Berlin 182 Prozent. Für die Vororte, soweit sie nicht mit den Großstädten gleichgestellt wurden, sind entsprechende Abfindungen vorgenommen. Für das besetzte Gebiet soll außer der Erhöhung der Sonderzuschläge noch eine Erhöhung der Befähigungszulage in Betracht kommen.

Eine kommunistische Streikbrecherorganisation.

(Köln.) Die kommunistische Föderation der Transportarbeiter (Köln) hat auf die Kritik an ihren Streikbrecherdiensten zugunsten des französisch-belgischen Militarismus und zum Schaden des kämpfenden deutschen Proletariats eine ausführliche Erklärung

veröffentlicht, in der sie, ohne auch nur legendäre die in unsern Presseberichten mitgeteilten Tatsachen in Abrede zu stellen, zweifelsfrei Anstrengungen macht, ihren Latein einen proletarischen Charakter zu geben. In einem an die Vorstände des Deutschen Verkehrsverbundes, des Maschinen- und Heizerverbandes und des Zentralen Bundes der Transportarbeiter hollands gerichteten Brief stellt sie als eine Art Verhandlungsgrundlage eine Anzahl Punkte auf, an denen das einzig positive die Erklärung ist, „daß die Mitglieder der Föderation nicht die Freiheit haben, um die Stellen des streikenden Rheinschiffahrtspersonals zu übernehmen oder unter französischem Geleit zu fahren“. Der Schluß des Briefes lautet wie folgt:

„Unser Vorstand schlägt dem Vorstand des Deutschen Verkehrsverbundes, des Maschinen- und Heizerverbandes und des Zentralen Bundes der Transportarbeiter vor, eine gemeinsame Versammlung der Vorstände abzuhalten, um den Streik des Rheinschiffahrtspersonals zu besprechen und zu Uebereinstimmung in dieser Frage zu gelangen.“

Während durch diesen Brief die Föderation der Transportarbeiter in den Anschein erweckt, als ob auch sie gegen den französisch-belgischen Militarismus Front machen will, wird ein Vorstandsmitglied dieser „revolutionären“ Organisation gleichzeitig Streikbrecher für die Rheinschiffahrt an.

Die sozialdemokratische Zeitung „De Voorwaarts“ (Rotterdam) schreibt darüber am 17. April folgendes:

„Seit einigen Wochen verläuft man auch in Rotterdam Streikbrecher anzumerken, um im Dienst des französisch-belgischen Militarismus zu fahren. Der Werber Rol wird bei dieser Tätigkeit unterstützt durch das Vorstandsmitglied der Föderation der Transportarbeiter Groeneveld. Allerlei verdächtige Elemente werden herangelockt, die jetzt arbeitslos sind... und sich bereit erklärt hatten, in Deutschland zu fahren... Der Versuch scheiterte aber an der Forderung der Arbeiter, die Streikbrecherdienste zu leisten bereit waren, einen Arbeitsvertrag zu erhalten. Groeneveld schien nicht bereit, dazu seine Zustimmung zu geben.“

Wenn die Tatsachen sich so verhalten, wie der „Voorwaarts“ sie wiedergibt, und wenn diese Arbeiterorganisation, die in einem öffentlichen Brief behauptet, gegen den französisch-belgischen Militarismus kämpfen zu wollen, gleichzeitig zugunsten eben dieses Militarismus durch ihre Vorstandsmitglieder Streikbrecher anwerben läßt, so würde gegenüber einer derartigen verräterischen Handlungsweise keine Kritik scharf genug sein.

Zum Streik im Beamten-Wirtschaftsverein.

Vom Deutschen Verkehrsbund wird uns geschrieben:

Am Dienstag Abend fanden erneute Verhandlungen mit der Geschäftsleitung und den Organisationsvertretern statt. In der Erkenntnis, daß Lebensmittel nicht dem Verderben ausgeliefert werden dürfen, erklärte sich die Streikleitung im Einverständnis mit der Organisationsleitung damit einverstanden, daß das am Montag gebakene Brot durch Streikende nach den Verkaufsstellen des B.V. gefahren wird. Die Verhandlungen dauerten bis spät in die Nacht hinein, führten aber leider zu keinem Resultat. Wenn auch die Geschäftsleitung in einigen Punkten dem Wunsche der Streikenden nachkam, so bedeuteten doch die weiteren Zugeständnisse der Geschäftsleitung für einen nicht geringen Teil der Belegschaft gegenüber dem bisher bestandenen Lohnverhältnis eine ziemlich beträchtliche Verschlechterung des Lohnverhältnisses. Die Geschäftsleitung einer Organisation, deren Mitglieder zum übergroßen Teil in Reich, Staat und Gemeinde um Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage einen hartnäckigen Kampf führen, wolle der bei ihr in Arbeit stehenden gewerblichen Arbeiterschaft nicht zumuten, sich eine Verschlechterung ihrer Lohnverhältnisse gefallen zu lassen und zwar zu einer Zeit, wo von Tag zu Tag eine Steigerung der Preise der wichtigsten Lebensmittel zu verzeichnen ist.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Geschäftsleitung durch Ingerate in der bürgerlichen Presse versucht, Arbeitswillige heranzuziehen. Die Streikenden werden sich durch derartige Maßnahmen in ihrem gerechten Kampf nicht irremachen lassen. Wir sehen sozialer Reinlichkeit und Solidaritätsgefühl bei der Arbeiterschaft voraus, daß sie sich zu einem Verrat an ihren kämpfenden Brüdern nicht hergeben wird.

Vergolder und Bilderrahmenmacher! Die beiderseitigen Vertragsparteien, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, haben den am 17. April 1923 gefällten Schiedsspruch, der eine Erhöhung der Löhne und Akkordlöhne um 10 Proz. vorsieht, angenommen. Die neuen Lohnabkommen werden sofort in Druck gegeben und sind ab Sonnabend in unserem Bureau erhältlich.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

Betriebsträgerschule.

Freitag beginnen folgende Kurse, an denen noch neue Hörer teilnehmen können:

- Genium, Sophien-Engum, Weinlehrer, 16-17; Einführung in das Wesen des modernen Staates (8 Uhr); Die Stellung der Frau in der modernen Gesellschaft (6 Uhr); Buchhaltung und Bilanz (8 Uhr); Rentabilität und Produktivität in der kapitalistischen Unternehmung (8 Uhr).
- Schönen, Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz; Arbeiterrecht und Bürgerliches Gesetzbuch (1/2 Uhr, Zimmer 17); Geographische Grundlagen der Wirtschaftspolitik (6 Uhr, Zimmer 18); Wesen und Formen der kapitalistischen Wirtschaft (8 Uhr, Zimmer 18).

Spanen, Anabenmittelschule, Betriebsklub: Arbeit und Arbeiter im Großbetrieb (7 Uhr).

Röpenid, Gemeindefschule, Wilhelmstraße: Kapitalismus und Sozialismus (7 Uhr).

Überrichten zum Preise von 300 M. (für Kurzarbeiter zu 250 M., für Arbeitslose unentgeltlich) sind im Bureau der Betriebsrätschule, Engelstr. 14-15, 2. Hof 1, erhältlich. Außerdem können die Kurse direkt aufsuchen und den Überbeitrag dort an den Vertrauensmann zahlen. Nicht nur Betriebsräte, sondern alle freigeberische organisierten Arbeiter und Angestellten können die Kurse besuchen.

Freigeberische Betriebsrätschule.

WfA-Funktionäre Metall! Freitag abend pünktlich 7 Uhr in Sonderlande Schulen, Neue Friedrichstr. 35, wichtige Versammlung. WfA-Funktionäre und Mitglieder des Futab, DGB, DDA legitimieren.

Aus der Partei.

Maifestnummer der „Gleichheit“.

Die „Gleichheit“, die Zeitschrift der sozialdemokratischen Frauen und Mädchen, hat ihre Mai-Nummer in erweitertem Umfang als Doppelnummer herausgegeben und sie dem Internationalen Kongress gewidmet, der Ende Mai in Hamburg zusammentritt. Eine Reihe von führenden Sozialistinnen des Auslandes geben in dem lehrreichen Fest Schilberungen über die Lage der Frauenbewegung in ihren Ländern. Dr. Marion Phillips berichtet über das Verhältnis der Frauen innerhalb der Arbeiterpartei Großbritanniens, Louise Saumoneau über die Bestrebungen, das Frauenwahlrecht in Frankreich einzuführen, Agnes Robman in der Schweiz, Alara Kalin über Frauenrechte in Island, Eva Krojdo über die Lage der Arbeiterin in Rußland, Genosin Hanna Reiche widmet einen Aufsatz besonders der Hamburger sozialistischen Frauenbewegung, Alara Bohm-Schuch schreibt über den Völkervertrag, während Marie Jusacz über die Arbeit der Frauen in der deutschen Partei einen Ueberblick gibt. Genosin Luise Kautsky ruft interessante Mai-Erinnerungen wach, während Toni Sender über die gewerkschaftliche und politische Internationale, Gertrud Hanna über die Internationale Organisation der weiblichen Arbeitskräfte, Luise Schröder über den Matentag der Arbeiterinnen, Elli Radle-Warmuth über unsere Jugend, Toni Pils über Rational-internationale Erziehung, Anna Kemig über noch immer Krieg, Mathilde Wurm über die Mai-Internationale und Lore Agnes über die Frauen in der Internationale schreiben. Gedichte und Illustrationen umrahmen den außergewöhnlich interessanten Inhalt dieser Sonderausgabe, die den Freundinnen unserer Frauenzeitschrift sicher hoch willkommen sein wird.

Der Verein sozialistischer Ärzte Deutschlands veranstaltet unter Teilnahme seiner auswärtigen Mitglieder und Gäste am 26. und 27. Mai d. J. im Reichstage eine Tagung mit dem Verhandlungsthema „Arzte und Krankentassen“. Referenten sind die Genossen: Dr. Epstein, München; Prof. Grotzahn, M. d. R., Berlin; Dr. Kautsky, Wien; Dr. Knack, Hamburg; Dr. Wenl, M. d. R., Berlin; Frau Dr. Wygodzinski, Berlin. Anträgen sind zu richten an den Schriftführer des Vereins, Genossen Dr. Korach, Berlin-Wilmersdorf, Kassauische Straße 3.

Weiter bis Freitag mittag. Bild und überwiegend trübe mit zahlreichem, im allgemeinen geringen Regenfälle und frischen südwestlichen Winden. Später zeitweise auflockernd und etwas kühler.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schill, Berlin; für Anzeigen: H. Gluck, Berlin. Verlag: Verlagsanstalt Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlagsanstalt Verlag G. m. b. H., Berlin. Vindenzstr. 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Reinweiß“.

NEUE GALERIE

München ladet ein zur Berlin

ERÖFFNUNGS-AUSSTELLUNG

Leipziger Str. 124, Hp. / Eing. Wilhelmstr. 80a

Ankauf  **A. Grünberg**
Spez. große Objekte und ganze Nachlässe
Potsdamer Str. 53, am Hochbahnhof Bismarck

Sie husten nun schon wochenlang und haben immer noch nicht das richtige Mittel dagegen gefunden. Wir raten Ihnen, aus 50 Gramm echtem Fagot-Extrakt durch Ruffen mit 1/2 Tl. Zucker und 1/2 Tl. Wasser eine Preisnerie, prompt wirkende Pastillen selbst herzustellen. Der Fagot-Extrakt ist höher erhältlich in allen Apotheken.

Besonders günstige Angebote!

Schlüpfer aus bestmöglicher Homespun Mk. 40 000	Jackett-Anzüge aus halbbaren Stoffen, in mittleren und dunklen Farben nur in einzelnen Größen, soweit Vorrat . . . Mk. 48 000	Herren-Hosen aus haltbaren kammergrün-art. Stoffen 18 000, 15 000, 12 000
Schlüpfer aus sehr guten Stoffen, soweit Vorrat von Mk. 90 000	Jackett-Anzüge aus farbig gemusterten und blauen Stoffen, in sehr guter Verarbeitung von Mk. 100 000	Herren-Hosen aus gestreiften Kammergrün-art. Stoffen besserer Qualität bis zu den besten Maßstoffen von Mk. 22 000
Ulster modern verarbeitet, mit Rückenlaten u. Gurt, aus guten u. besten Stoffen von 135 000	Jackett-Anzüge aus prima bis zum Kammergrün-art. in bester Verarbeitung, außergewöhnlich billig! Mk. 180 000	Sport-Hosen z. Homespunstoff v. Mk. 25 000
Paletots aus marango Cheviot soweit Vorrat Mk. 48 000	Sport-Anzüge aus bestem Cord in vielen Farben. Sehr preiswert! Mk. 98 000	Jünglings-Anzüge Gr. 38-44, Jackett- und Sportform, in allen Qual. u. Farbenabstufung, beginnend mit Mk. 48 000
Paletots z. gr. marango u. schw. Cheviot und leinbl. Stoffen, l. best. Verarb. v. Mk. 148 000	Sport-Anzüge mit Brecheshoose aus Homespun, Loden und anderen Stoffen in bester Verarbeitung von Mk. 135 000	Burschen-Anzüge Gr. 1-12, in Sport- und Jackettform, aus guten Stoffen jeglicher Art unsortiert v. Mk. 30 000
Covercoat-Paletots in Sport-, Rock- u. Biedermeierform aus einfachen bis zu den elegantesten Maßstoffen, in bester Verarbeitung von Mk. 170 000	Sport-Anzüge mit Lederbesatz in modernster Verarbeitung, aus besten Homespunstoffen von Mk. 250 000	Knaben-Anzüge in Schlüpfer-, Joppen- u. Sportform, aus blauen und farbigen Stoffen, in geschmackvoller Ausstattung unsortiert von Mk. 22 000
Lodenmäntel für Herren, aus westerlesten Strichloden, in modernen Farben und Fassons von Mk. 45 000	Gummimäntel aus guten Stoffen, mit bester Gummierung von Mk. 65 000	Knaben-Schlüpfer u. Pyjaks in vielen geschmackvollen Fassons und Farbestellungen, Gr. 1 von Mk. 28 000
Loden-Pelerinen aus oliv u. grünen Strichloden v. Mk. 30 000	Gabardinemäntel Wolle, in Schlüpfer- u. Biedermeierform von Mk. 200 000	Herren-Filzhüte in modernen Farben und Formen Mk. 4 900
Chromledermäntel und -Anzüge fertig und nach Maß	Damen-Gummimäntel in prima Stoffen und Gummierung Mk. 90 000, 85 000	Herren-Oberhemden z. gut. Zephyr in moderner Strickm. Klappmanschetten und 1 Krage Mk. 12 500
Cutaways und Westen in mod. Verarb., aus guten marango u. schwarzen Stoffen von Mk. 52 000	Kellner-Anzüge in neuester vorgeschriebener Form, aus prima Tuchkammergrün in bester Verarbeitung, fertig und nach Maß.	Herren-Sportthemden einfarbig, in mode grün, lil., blau, m. 1 weich. Krage u. Klappmansch, 16 900

K'seidene Damenstrümpfe, II. Wahl, fehlerfrei, hervorragende Qualität, in allen Farben . . . Mk. 7600

Eigene Betriebs-Werkstätten **BAER SOHN** Akt.-Ges. Maßbestellung in bester Ausführung

Berlin nur Chausseestraße 29-30

Die Besuchszeiten der Berliner Museen.

Der Botanische Garten in Dahlem ist geöffnet im Sommer an Wochentagen (1. März bis 31. Oktober) von 7 bis 7 Uhr, im Winter (1. November bis 28. Februar) von 8 Uhr bis zur Dämmerung.

Das Landwirtschaftliche Museum (Invalidenstr. 42) ist geöffnet an den Wochentagen von 10 bis 3 Uhr, an den Sonn- und Feiertagen von 11 bis 3 Uhr.

Leffing-Museum (Brüderstr. 13), sowie die Bibliothek sind täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Feiertage von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Das Märkische Museum (Am Köllnischen Park) ist täglich außer Sonntags für die Besichtigung von 10 bis 3 Uhr geöffnet.

Das Museum für Meereskunde (Georgenstr. 35-36) ist geöffnet unentgeltlich: Montag, Mittwoch und Sonnabend von 10 bis 3 Uhr.

Das Museum für Naturkunde (Invalidenstr. 43) ist geöffnet Montags und Donnerstags von 10 bis 2 Uhr, das Eintrittsgeld beträgt 5 Mk. für Ausländer 15 Mk. und für Schulen unter Führung ihres Lehrers 2 Mk.

Die Instrumentensammlung der Staatlichen Hochschule für Musik (Falanenstr. 1) ist geöffnet Dienstags, Donnerstags, Sonnabends und Sonntags von 11 bis 1 Uhr.

Die Nationalgalerie (am Lustgarten) ist geöffnet Dienstags, Mittwochs und Sonnabends von 10 bis 3 Uhr.

Das ehemalige Kronprinzen-Palais ist geöffnet Donnerstags, Freitags und Sonnabends von 10 bis 3 Uhr.

Das Verkehrs- und Baumuseum (Invalidenstr. 50-51) ist geöffnet Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Freitags von 10 bis 3 Uhr.

Das Postmuseum (Leipziger Str. 15) ist täglich außer Mittwoch und Sonnabend von 10 bis 3 Uhr geöffnet.

Die Sammlung der Vorkriegsstände (Dortheenstr. 82, 1. Eingang des Westflügels, 2. Stock) ist geöffnet Montags und Donnerstags von 10 1/2 bis 1 1/2 Uhr.

Die Sammlung für deutsche Volkskunde (Klosterstr. 36) ist täglich außer Dienstags von 9 bis 2 Uhr geöffnet.

Das Schloßmuseum (Schloßfreiheit 1) ist täglich von 9 bis 3 Uhr geöffnet. Das Eintrittsgeld beträgt für Deutsche und Deutschösterreicher, die sich als solche ausweisen können, 50 Mk.

Das Zeughaus (Platz am Zeughaus) ist täglich, außer Sonnabends, von 9 bis 3 Uhr geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt für Deutsche und Deutschösterreicher 20 Mk.

Die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt (Charlottenburg, Fraunhoferstr. 11-12) ist geöffnet an Wochentagen außer Montags von 10 bis 1 Uhr, Sonntags von 1 bis 5 Uhr.

Altes und Neues Museum (am Lustgarten) sind geöffnet Dienstags, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag von 9 bis 3 Uhr.

Das Kaiser-Friedrich-Museum (Rondellplatz 3) ist geöffnet Montags, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag von 9 bis 3 Uhr.

Das Museum für Völkerkunde (Königsgraber Str. 120) ist geöffnet Montags, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonnabend von 9 bis 3 Uhr.

Die prähistorische Abteilung im alten Kunstgewerbemuseum ist geöffnet Dienstags, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag von 9 bis 3 Uhr.

Das naturhistorische Schulmuseum (Neußän) ist in zwei Abteilungen untergebracht. Die technisch-industrielle Abteilung befindet sich im Körnerpark.

Das Museum für Bienenkunde (Berlin-Stegstr. 14) ist geöffnet Dienstags und Freitags von 12 bis 1 Uhr.

Wo kann man verlorene Sachen finden? Müßliche Auskunft über Fundstücke, die im Bereich der Volksgüter Berlin Mitte, Tiergarten, Wedding, Prenzlauer Berg, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Neußän und Lichtenberg gefunden werden.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft schleppend. Fisch ziemlich ausreichend, Geschäft flott. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes items like Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch, etc.

Am Mittwoch galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

„Darum mußte ich in Straßburg an ihn denken!“ rief Al vor Aufregung zitternd. „Weil es da so pittoresk war...“

Das Urteil im Mädchenhändlerprozeß.

Zwaan zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt. Das Urteil im Prozeß gegen den des Mädchenhandels angeklagten holländischen Zwaan wurde gestern abend gefällt.

Es ist für die deutsche Justiz ohne Befang, daß der moralisch defekte und mehrfach verurteilte holländische Zwaan in seinem Extrabeneft nach Urteilsverkündung den deutschen Gerichten Gerechtigkeit absprach.

Gräulein E. mußte, weshalb sie wie in Holland so auch in Berlin ihren Ehemann nur wegen Körpermißhandlung anzeigte. Es geschah aus demselben Grunde, aus dem heraus sie vor dem Gericht die Raube spielte und nur Schritt für Schritt mit ihrer reichen sexuellen Erfahrung herausrückte.

Die kam nun der Balutmann in diese fursam, ehrbare, Kleinbürgerliche Familie hinein, deren Tochter mit Entrüstung die Behauptung zurückweist, daß ihr Vater, der Stiefmutter ist, Arbeiter wäre.

Drei Soldaten.

Von John dos Passos. Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julius Sumpster. „Ich hoffe es, Gott, ich wünschte, sie müßten hier genau daselbe wie in Rußland. Dann werden wir frei sein.“

„Ihr kennt doch Gus Evans und den kleinen Schwarzhaarigen, der immer mit ihm ist? Die haben sie gefaßt. Habe es selbst gesehen, am Place de la Bastille, und einer erzählte mir da unter der Brücke, wo ich die letzte Nacht geschlafen habe.“

(Fortsetzung folgt.)

nicht, wie im Falle seiner Landsmännin, Frau Röber, ein psychischer Sachverständiger zur Seite stand, meint bei den Auseinandersetzungen mit seiner Frau wie ein Kind. Schwere als seine Frau trug er seinen Prozeß. Wie wenig sympathisch er sein mag, daß er gequält und zerrissen war, muß erwähnt werden.

Die Literatur über den Mädchenhandel wird durch einen Fall bereichert zu sein scheinen. Das Gericht wird dazu beigetragen haben, ob mit Recht, soll dahingestellt bleiben. Daß es nicht Mädchenhandel war in dem Sinne, wie es der Gesetzgeber sich dachte, unterliegt keinem Zweifel. Die moralische Persönlichkeit des Angeklagten erscheint aber deshalb nicht in einem besseren Lichte und auch die Nebenklägerin wird nicht stiller.

Die Mai-Miete.

Nein Vorwurf. — Monatliche Abrechnung über die Umlage.

Der Magistrat beriet gestern über die neuen Anträge der Vermieter- und Mieterorganisationen bezüglich der Regelung der gesetzlichen Miete ab 1. Mai d. J. Die bisherigen Bestimmungen wurden insofern materiell abgeändert, als der Magistrat von der Erhebung eines Vorschusses wieder abgegangen ist. Er hat zur Errechnung der Grundmiete weitere Abzüge von der Friedensmiete, als sie bisher festgesetzt waren, darin vorgenommen, und zwar 2 Proz. für Müll- und Schlackenabfuhr, 2 Proz. für den Hausreiniger, 1 Proz. für Treppen- und Flurbeleuchtung und 5 Proz. für den Heizer und Fahrstuhlführer, einschließlich der Kosten des Fahrstuhlbetriebes. Die Abschaffung des Vorschusses machte es nötig, nunmehr wieder die monatliche Abrechnung über die Umlagebeträge einzuführen. Die gestern vom Magistrat beschlossenen Einzelsätze sind:

Verwaltungskosten einschl. der Kosten für Hausreinigungsmaterial in einfachen Häusern 600 Proj.; in Häusern mit Warmwasserversorgung oder Sammelheizung oder Fahrstuhl, wenn eine dieser Einrichtungen in Betrieb ist, 700 Proj.; in Häusern mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung und Fahrstuhl, wenn mindestens zwei dieser Einrichtungen in Betrieb sind, 800 Proj.; in Geschäfts- und Industriehäusern für nicht gewerblich benutzte Räume 800 Proj. und für gewerblich benutzte Räume 900 Proj.

Diese Sätze sind gegenüber den vom Ausschuss für Wohnungswesen beschlossenen Sätzen herabgesetzt. Das geschah, weil für die Kosten des Hausreinigers, Heizers, Fahrstuhlführers usw. weitere Abzüge von der Friedensmiete vorgenommen worden sind. Das hat nach Ansicht des Magistrats zur Folge, daß die durch den Portier usw. entstehenden Kosten nunmehr gemäß § 12 des Reichsmietengesetzes getrennt von der gesetzlichen Miete zu berechnen und in tatsächlicher Höhe von den Mietern zu entrichten sind.

Der Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten ist auf 2000 Proj. der für große Instandsetzungsarbeiten auf 1000 Proj. festgesetzt.

Die für den Monat April vorzunehmende Umlage hat so zu erfolgen, daß der Vermieter die Belege über die für den Monat April d. J. umzuliegenden Beträge spätestens am 5. Mai d. J. vorzuliegen hat, wogegen er berechtigt ist, die am 8. Mai von dem Mieter zu zahlenden Beträge einzufordern. Hierzu ist ein von den Mietern bereits gezahlter Vorschuss zu verrechnen und ein etwaiger Ueberschuss dem Mieter zurückzugeben. — Der Beschluß des Magistrats bedarf noch der Zustimmung des Oberpräsidenten.

Wir kommen auf die Einzelheiten in den neuen Sätzen noch einmal zurück.

„Compania Comercial y Bancaria“.

Zu den in Nr. 182 gemachten Ausführungen über die Häuserverwaltungsgesellschaft „Compania Comercial y Bancaria“ ersucht uns der Rechtsbeistand der genannten Firma, Herr Dr. Simon, um Aufnahme folgender Berichtigung:

Das Haus Sprengelstraße 23 wurde von der Compania Comercial y Bancaria Häuserverwaltung G. m. b. H. in Vertretung des ausländischen Hauseigentümers verwaltet. Selbstverständlich kann die verwaltende Firma zur Erhaltung des Hauses Geldbeträge nur soweit verwenden, als sie aus dem Ertrage des Hauses zur Verfügung stehen oder von dem Eigentümer bezahlt werden. Die Gesellschaft kann daher nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn nicht genügend Mittel für erteilte Reparaturarbeiten vorhanden waren. Tatsächlich hat die Compania Comercial y Bancaria Häuserverwaltung G. m. b. H., weil der Hauseigentümer nicht die nötigen Gelder zur Verfügung stellte, bereits am 1. Januar 1923 die Verwaltung des Hauses zum 1. April 1923 gekündigt. Der Vertreter — nicht Direktor der Firma — Dr. Burstin hat lediglich aus Entgegenkommen, weil er den Hauseigentümer persönlich kennt, dem Mietervertreter zugestimmt, sich bei dem Hauseigentümer dafür zu verwenden, daß dieser mehr Geld zur Verfügung stellte. Tatsächlich unmaßgeblich ist es, daß der Direktor der Gesellschaft kündigt geworden ist. Die Gesellschaft hat als G. m. b. H. keinen Direktor, sondern einen Geschäftsführer. Dieser ist nach wie vor in Berlin und leitet die Geschäfte der Gesellschaft. Der Vertreter der Gesellschaft, Dr. Burstin, hat von jeher seinen Wohnsitz in Wien. Seine Aufgabe besteht in der Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen der Wiener Filiale und der Berliner Zentrale des Unternehmens. Er hat sich in Berlin stets nur vorübergehend aufgehalten. Seine jetzige Reise nach Wien war längere Zeit vorher festgelegt. Unwahr ist die Behauptung, daß bei der Gesellschaft Bücher beschlagnahmt sind. Es hat lediglich vor einiger Zeit, wie bei den meisten größeren Grundstücksfirmen, eine Steuerrevision im Auftrage des Finanzamts stattgefunden. Hierbei sind alle gewünschten Belege freiwillig zur Verfügung gestellt worden, nicht ein einziges Belegstück ist beschlagnahmt worden.

Wir behalten uns vor, bei passender Gelegenheit auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Sie wollen auch ein Rathaus haben!

Das Bezirksamt Zehlendorf hat sich mit der Errichtung eines Rathauses beschäftigt und einen Beschluß gefaßt, der selbst in Zehlendorf allgemeine Erstaunen und in weiten Kreisen von Groß-Berlin nicht geringe Ueberraschung hervorgerufen wird. Dem Bezirksamt Zehlendorf scheint nicht bekannt zu sein, daß der Magistrat Berlin zahlreiche Neubauten wegen Mangel an Mitteln hat einstellen müssen. Zu einer Zeit, in der man überall an den Abbau denkt und froh ist, wenn die Mittel für die allernotwendigsten Aufgaben aufgebracht werden können, trägt man sich in Zehlendorf mit dem Gedanken, einen Monumentalbau zu errichten. Von der großen Not unserer Zeit hat man sich in Zehlendorf nur eine beschränkte Vorstellung. Sie haben eben auch ihre Sorgen, die Zehlendorfer.

Der letzte Weg.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, bei denen in Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen die Angehörigen bei einem Todesfall Schwierigkeiten mit der Feuerbestattung haben. Eine amtliche Genehmigung zur Feuerbestattung kann nur dann erteilt werden, wenn eine einverständliche testamentarische Willenserklärung des Verstorbenen vorliegt. Wird eine schriftliche Verfügung gemäß § 19, wenn die Bestimmungen des bürgerlichen Rechts anzuwenden sind, Schlichtung kann die Genehmigung zur Feuerbestattung noch erteilt werden, wenn eine bei Lebzeiten abgegebene mündliche Erklärung des Verstorbenen vorliegt. Eine solche Erklärung muß jedoch amtlich beglaubigt sein. Hierzu sind alle zur Führung eines öffentlichen Sarges berechtigten Personen sowie auch die zuständigen Polizeibehörden befugt.

Veranstaltungen am 1. Mai.

Nachmittags und abends.

- Mitte: Brauerei Königsstadt, Schönhäuser Allee 10/11. Beginn nachmittags 5 Uhr.
Tiergarten: Lokal Karlsdorf, Plöhensee. Beginn nachmittags 3 Uhr.
Wedding: Pagenhofer-Auschanf, Chausseest. 64. Beginn nachmittags 4 Uhr.
Prenzlauer Berg, Friedrichshain: Saalbau Friedrichshain. Nachmittags 3 Uhr Gartenfest. (Bei ungünstigem Wetter fällt das Gartenfest aus.) 7 1/2 Uhr abends im Konzertsaal Künstlerische Raifeier.
Kreuzberg: Bockbrauerei, Fidicinstr. 2/3. Beginn nachmittags 4 Uhr.
Charlottenburg: Westend-Kasino, Spandauer Berg, Ecke Kastanienallee. Beginn 4 Uhr.
Spandau: Auschanf Brauerei Pichelsdorf, Gesellschaftshaus und Pichelsdorfer Garten. Beginn 3 Uhr.
Wilmersdorf: Vergnügungspark Schramm, Hildebrandstr. 8/11. Beginn 7 Uhr.
Wannsee: Reichsadler, Königstr. 26. Beginn 7 Uhr.
Schöneberg-Friedenau: Hohenzollernschule, Belgier Str. 48/52. Beginn 6 1/2 Uhr.
Friedenau (81. Abt.): Bürgeraal des Friedenauer Rathauses. Gefelliges Beisammensein, Konzert, Rezitationen, Tanz. Beginn 6 Uhr. Billets à 300 M. bei den Funktionären.
Steglitz: Partrestaurant Süden. Beginn nachmittags 4 Uhr.
Tempelhof: Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Str. Beginn 7 1/2 Uhr.
Mariendorf: Realgymnasium, Kaiserstr. Beginn 7 1/2 Uhr.
Neukölln: Gesamträume der „Neuen Welt“, Hasenheide. Beginn nachmittags 3 1/2 Uhr.
Trepow-Baumhulenkweg: Paradiesgarten, Trepow. Beginn nachmittags 3 Uhr.
Widershof, Oberschöneweide und Niederschöneweide: Lokal Kaffhäuser, Niederschöneweide, Berliner Str. Beginn nachmittags 5 Uhr.
Johannishof: Lokal Schreiner, Friedrichstr. Beginn nachmittags 4 Uhr.
Cöpenick: Aula der Körner-Schule, Lindenstr. Beginn abends 7 1/2 Uhr.
Grünau: Schulaula, Cöpenicker Str. Beginn 7 1/2 Uhr abends.
Mahlisdorf: Lokal Anders, Bahnhofstr. Beginn 7 1/2 Uhr. Restaurant Kurpark, Cöpenicker Allee. Beginn 6 1/2 Uhr.
Lichtenberg: Aula Parkaue, Mühlendorfer Str. Beginn 7 Uhr.
Karlshorst: Fürstenbad. Beginn 7 1/2 Uhr.
Weißensee: Turnhalle, Viktorienstr. 16. Beginn 7 Uhr.
Pankow: Lokal Binder, Breite Str. 34. Beginn nachmittags 4 Uhr.
Niederhöhenhausen: Restaurant Schönherr, Lindenstr. 11. Beginn abends 6 Uhr.
Reinickendorf-Ost: Bürgergarten, Hauptstr. 51. Beginn nachmittags 4 Uhr.
Reinickendorf-West: Hartmanns Brauerei, Schornweberstraße. Beginn nachmittags 4 Uhr.
Hermsdorf-Frohnau und Waidmannslust: Lokal Bellevue am Bahnhof Hermsdorf. Beginn nachmittags 5 Uhr.
Tegel, Tegeler und Borsigwalde: Mittags 1 Uhr gemeinsamer Abmarsch vom See nach Schulzendorf.
Wittenau: Lokal Eberhardt, Lubarer Str. Beginn 4 Uhr.
Rosenthal: Lokal Schneider, Hauptstr. 3. Beginn 5 1/2 Uhr.

Vormittagskundgebungen.

- Wittenau: Vormittags 10 Uhr am Rathaus Wittenau.
Bohnsdorf, Falkenberg, Grünau: Vormittags 10 1/2 Uhr auf dem Dorfplatz in Bohnsdorf. Nachmittags 2 Uhr gemeinsamer Abmarsch zum Waldfest nach Falkenhorst (Eichbusch).
Tegel, Borsigwalde, Tegeler: Vormittags 9 Uhr im Strandloß.
Wannsee: Vormittags 10 Uhr im Reichsadler, Königstr. 26.
Siemensstadt: Vormittags 10 1/2 Uhr im Heidekrug, Ronnenbamm-Allee 89.

Gegen die Bedrohung der Schule.

Kürzlich hielt in der Aula der Oberrealschule, Niederwallstraße, die Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände Groß-Berlins, welcher der Bund der Freidenker für Feuerbestattung, die Gemeinschaft proletarischer Freidenker, der Konfessionsbund, der Bund der Arbeiter, angeschlossen sind, eine Versammlung ab, auf der Oberlehrer Karzen und Lehrer Hüßner auf die Gefahr hinwiesen, die durch das neue Schulkompromiß und die darin festgelegte christliche Betonung der Schule dem freien Schulgedanken droht. Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung macht die für die freie Entfaltung der Schule interessierten auf die große Gefahr aufmerksam, welche der weltlichen Schule und den verfassungsmäßig gewährtesten Freiheiten durch den bevorstehenden Reichstagsgesetzentwurf droht. Die Versammlung fordert einstimmig, mit allen parlamentarischen Mitteln die unbedingte Beseitigung dieser verfassungsmäßigen Freiheiten zu verhindern. Wir protestieren entschieden gegen die Konfessionsalisierung der Lehrerbildung und gegen alle Versuche, den wissenschaftlichen Charakter des Profanunterrichts in irgendeinem Sinne durch weltanschauliche Bindungen zu beeinflussen.“

Ein früherer Hauptmann als Verorgungsschwinder. Der schon lange von der Staatsanwaltschaft und von verschiedenen Verorgungsgewerkschaften fleißig gefolgt Hauptmann a. D. Eduard v. Müller wurde gestern in der Verorgungsbildung der Provinz Brandenburg verhaftet. v. M. wurde wegen durch Erbschwinder erhaltenen Vorkasse bei verschiedenen Verorgungssäckern sowie Beschprellerei gefaßt.

Wichtig für Rufführlinge. Das Deutsche Rote Kreuz macht darauf aufmerksam, daß alle nichtbeamteten Rhein- und Ruhr-Rufführlinge, die nicht im Besitz eines Ausweisungsbefehls, Geltafeln eines amtlichen Uebnahmebestellungs oder eines sonstigen Ausweises sind, der die Rückkehrbereitschaft einwandfrei nachweist, sich zunächst im Polizeipräsidium am Alexanderplatz, Zimmer 343 (nach 2 Uhr Zimmer 204 F) zu melden haben. Von dort werden sie nach Prüfung der Personalien und Feststellung der Rückkehrbereitschaft der Zentralfürsorgestelle für Rufführlinge Groß-Berlin, Berlin-Tempelhof, General-Pode-Straße, Postamt 10, angeleitet. Es empfiehlt sich, diesen Weg unter allen Umständen innezuhalten, um Unterführungen Nichtberechtigter auszuschließen.

Ein Kriegsheld vermißt! Bezirksamt Neukölln teilt mit: Mittwoch den 18. April er., nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, verließ der Kriegsheld Ernst Wilde ohne Begleitung seine Wohnung: Neukölln, Rosenstr. 24. Ueber seinen Verbleib ist nichts bekannt, so daß anzunehmen ist, daß er einen Unfall erlitten hat oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Er ist etwa 1,70 Meter groß, hat volles Gesicht, keinen Intraocularlinsen-Schnurbart und trägt eine grünlich gefärbte Brille. Bekleidet war er mit einem grauen Anzug, grauem Regenmantel und blauer

Sportmütze. Personen, die über den Verbleib Angaben machen können, werden gebeten, dies mündlich oder schriftlich der Fürsorgestelle Neukölln für Kriegsbeschädigte, Rathaus, 1 Tr., Zimmer 189, zu melden.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Sonntag den 18. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Schiller-Theater, Charlottenburg, „Die Journalisten“. Lustspiel in fünf Akten von Gustav Freytag. Karten zum Preise von 800 M. pro Stück zu haben bei den Bildungsausschussmitgliedern der Abteilungen.

Die Proletarische Freidenkerschule Wedding wird am Freitag, den 27. April abends 8 Uhr, in der Schule, Ruheplatzstraße (am Nazareth-Kirchplatz) eröffnet. Thema: Weltanschauungsfragen. Leiter: Gen. Lehrer Dagobert. — Die Freidenkerschule Neukölln wird Freitag, den 27. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Schule Mühlstraße eröffnet. Leiter: Freitag: Praktische Erziehungsfragen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin G. B. Sonnabend, 28. April, Generalsversammlung in Haberlands Bestälen, Neue Friedrichstraße. Beginn 6 Uhr. Pünktliches Erscheinen notwendig!

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.

Die nächste Sitzung des Bezirksvorstandes findet Sonnabend, den 26. April, abends 6 Uhr, im Jugertheim, Lindenstr. 3, statt.

Schöneberg-Friedenau. Freitag, den 27. April, öffentliche Beamtensammlung 7 1/2 Uhr in der Aula der Chemiko-Schule, Barbarossaplatz. Tagesordnung: 1. Beamtenschaft und Staat. Ref. Ministerialrat a. D. Heinenberg. 2. „Aktion und Wirtschaft“. Ref. Delegationsrat Dr. Brühl.

12. Kreis. Steglitz. Biederste. Kaufm. Donnerstag, den 26. April, 8 Uhr, Sitzung der Bildungs- und Erziehungsausschüsse sämtlicher Abteilungen bei Steglitz, Eübende, Stephanstr. 1.
2. Kreis. Hermsdorf. Freitag, den 27. April, abends 7 1/2 Uhr, Kreisfunktionsversammlung in den Arminius-Hallen, Bremer Str. 73. Tagesordnung: „Berlin Einheitsgemeinde“. Ref. Bürgermeister Kohl. Der innere Kreisverband beschließt eine Stunde früher.
4. Kreis. Kreuzberg. Arbeitsgemeinschaft der Rinderfreunde. Freitag, den 27. April, 8 Uhr, bei Krüger, Geismitt. 1. Ue, die sich für unsere Rindergruppen interessieren, sind eingeladen. — Freitag, den 27. April, 8 Uhr, Sitzung der Abteilungsobleute der kommunalen Kommission bei Wolf, Gräberstr. 26.
14. Kreis. Neukölln. Freitag, den 27. April, 7 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes an der bekannten Stelle.

Heute, Donnerstag, den 26. April:

26. Abt. 8 Uhr wichtige Sitzung aller Partei- und Gewerkschaftsführer im „Kulturischen Haus“, Jochstr. 7.
- Jungsozialisten. Gruppe Eichen: 7 1/2 Uhr im Jugerheim, Eichenstr. 64. Thema: Materialistische Gesellschaftslehre. Ref. Gen. Kurt Bloch. — Gruppe Friedrichshain bei Seifert, Gabelstr. 2. Bericht des Genossen Gengler über Besprechung. — Gruppe Trepow: 7 1/2 Uhr im Jugerheim, Eichenstr. 64. Vortrag: „Christentum und Sozialismus“. Ref. Genosse Koch. — Gruppe Baumhulenkweg beteiligt sich an der Veranstaltung der Gruppe Trepow. — Gruppe Neukölln: 7 1/2 Uhr im Jugerheim, Jochstr. 7. Thema: „Parlamentarismus in Deutschland“. Ref. Gen. Hans Lutz.

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 26. April:

117. Abt. Bismarckstr. 7 1/2 Uhr Mittelschule Bismarckstr. Thema: „Religion und Sozialismus“. Ref. Genossin Hedwig Bodenheim.
121. Abt. Rosenthal. 7 1/2 Uhr bei Frau, Prinz-Albertstr., Ecke Adelstraße. Vortrag der Genossin Berg.

Morgen, Freitag, den 27. April:

1. Abt. 7 1/2 Uhr Restaurant Spiegel, Uferstr. 1, wichtige Funktionskonferenz. Die Stadt- und Bezirksverbände nehmen ebenfalls daran teil.
20. Abt. 7 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission bei Frick, Bronthelmer Straße 4.
22. Abt. 7 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission bei Grunewald, Rembrandt Straße 19.
23. Abt. Genossin Käse Gerike ist verstorben. Die Beerdigung findet mittags 12 1/2 Uhr im Krematorium Baumhulenkweg statt.
74. Abt. Zehlendorf. Vorstandssitzung 8 Uhr bei Widler.

Jugendveranstaltungen.

Ortsausföhrer der Jugendpflege im Bezirk Prenzlauer Berg. Am 5. Tag der Jugendpflegeweche findet heute abends um 8 Uhr die Beerdigung des Genossen auf dem Gelände Grottenweg Str. 92-100 statt. Um 8 Uhr finden im Bezirksvereinslokalungelände, Penzinger Str. 64, Vorträge über Einzelfragen der Jugendpflege statt. 1. „Schulung der Jugend zur Familie und Schule“. Ref. Frau Oberbürgerin Gen. Dr. Besigk. 2. „Stellung der Jugend im Beruf, Jugendrecht und Jugendrecht“. Ref. Herr Dr. Liebenberg, Direktor des Städtischen Berufsamts. 3. Ausrede. Der Eintritt beträgt 100 M. — Am Sonnabend, den 26. April, abends 7 Uhr, findet im großen Saal der Brauerei Friedrichshain die Abschlussfeier der Jugendpflegeweche im Bezirk Prenzlauer Berg statt. Das Programm wird von dem Ortsausföhrer angegliederten Organisationen bestritten. Eintrittskosten für Jugendliche 200 Mark und für Erwachsene 500 Mark. Die Karten sind in den Abteilungen des Bezirks Prenzlauer Berg und im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., Zimmer 11, zu haben.

Niederhöhenhausen. Jugendheim Berliner Str. 11. Vortrag: „Jugend und Arbeitsfrage“. — Neukölln I. Das Heim bleibt heute abends geschlossen. Die Abteilung beteiligt sich geschlossen an der Jugendveranstaltung der 11. Abteilung im Karolengarten. — Schwelken. Jugendheim Lindenstr. 3. Vortrag: „Militarismus und Antimilitarismus“. — Wedding. Jugendheim Gemeindeföhrer Ruheplatzstraße. Vortrag: „Sozialistische Arbeiterjugend und freigeistliche Jugend“.

Das Bezirksamt Kreuzberg veranstaltet morgen, Freitag, den 27. April, abends 7 Uhr, im großen Saal der Neuen Welt, Hasenheide, einen Ausstellungsabend. Zur Aufföhrung gelangt: „Verdi: Requiem“, unter Mitwirkung erster Künstler. Eintrittskosten zum Preise von 800 M. sind im Jugendsekretariat zu haben.

Schulung, Abteilungsobleute! Die Treffpunkte sowie die Ordner für den Mai-Jugendtag sind bis Freitag, den 27. April, im Jugendsekretariat anzugeben. Die Werbepost und die Zeitungen zum Verkauf sind bis Freitag abzuholen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verband Volksgesundheit. Heute Vortrag für die Jugendgruppe „Heinrich Heine“. Ref. Dr. Siebrant. Jeder Vortrag findet in der Schule Niederwallstraße 12, abends 8 1/2 Uhr, statt. Jugendbilde willkommen.

Gemeinschaft sozialistischer Freidenker. Gruppe Wedding. Öffentliche Beamtensammlung, Barbarossaplatz, 12. April, abends 7 1/2 Uhr. Thema: „Religion, Kirche und Schule“.

Deutscher Radio-Club. Nächste Sitzung Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im kleinen Saal des Reichsvereinsamts am Alexanderplatz.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung. 19. Bezirk. Freitag, den 27. April, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung mit Mitwirkung im Jugerheim, Eichenstr. 64. Vortrag: „Christentum und Sozialismus“. — 20. Bezirk. Reinickendorf. Donnerstag, den 26. April, abends 7 Uhr, in Reinickendorf-Wei. Humboldtstr., Ecke Berliner Straße, öffentliche Versammlung.

Verein der Arbeiter für Feuerbestattung. Sonntag, den 29. April, im Klubhaus Obmannstraße 1 Wohltätigkeitsfest zum Besten der Rufführlinge. Theatervorführung und Tanz. Anfang 8 Uhr.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Mittwoch, den 25. April.

1. Rennen. 1. Berta (Wille), 2. Wille (Ginoroff), 3. M. G. (Wille), 4. W. (Wille), 5. W. (Wille), 6. W. (Wille), 7. W. (Wille), 8. W. (Wille), 9. W. (Wille), 10. W. (Wille).
2. Rennen. 1. W. (Wille), 2. W. (Wille), 3. W. (Wille), 4. W. (Wille), 5. W. (Wille), 6. W. (Wille), 7. W. (Wille), 8. W. (Wille), 9. W. (Wille), 10. W. (Wille).
3. Rennen. 1. W. (Wille), 2. W. (Wille), 3. W. (Wille), 4. W. (Wille), 5. W. (Wille), 6. W. (Wille), 7. W. (Wille), 8. W. (Wille), 9. W. (Wille), 10. W. (Wille).
4. Rennen. 1. W. (Wille), 2. W. (Wille), 3. W. (Wille), 4. W. (Wille), 5. W. (Wille), 6. W. (Wille), 7. W. (Wille), 8. W. (Wille), 9. W. (Wille), 10. W. (Wille).
5. Rennen. 1. W. (Wille), 2. W. (Wille), 3. W. (Wille), 4. W. (Wille), 5. W. (Wille), 6. W. (Wille), 7. W. (Wille), 8. W. (Wille), 9. W. (Wille), 10. W. (Wille).
6. Rennen. 1. W. (Wille), 2. W. (Wille), 3. W. (Wille), 4. W. (Wille), 5. W. (Wille), 6. W. (Wille), 7. W. (Wille), 8. W. (Wille), 9. W. (Wille), 10. W. (Wille).
7. Rennen. 1. W. (Wille), 2. W. (Wille), 3. W. (Wille), 4. W. (Wille), 5. W. (Wille), 6. W. (Wille), 7. W. (Wille), 8. W. (Wille), 9. W. (Wille), 10. W. (Wille).
8. Rennen. 1. W. (Wille), 2. W. (Wille), 3. W. (Wille), 4. W. (Wille), 5. W. (Wille), 6. W. (Wille), 7. W. (Wille), 8. W. (Wille), 9. W. (Wille), 10. W. (Wille).
9. Rennen. 1. W. (Wille), 2. W. (Wille), 3. W. (Wille), 4. W. (Wille), 5. W. (Wille), 6. W. (Wille), 7. W. (Wille), 8. W. (Wille), 9. W. (Wille), 10. W. (Wille).
10. Rennen. 1. W. (Wille), 2. W. (Wille), 3. W. (Wille), 4. W. (Wille), 5. W. (Wille), 6. W. (Wille), 7. W. (Wille), 8. W. (Wille), 9. W. (Wille), 10. W. (Wille).

Briefkasten der Redaktion.

H. M. Red. Bismarckstr. 7, deutsche Eisenbahndirektion 65 200 M.

Das Versammlungsprengungsgesetz vertagt.

Der Bürgerblock bleibt beschlußunfähig.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstags-Sitzung stand die Fortsetzung der zweiten Beratung des Antrages Stresemann u. Gen. (unterzeichnet von der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, den Demokraten und der Bayerischen Volkspartei) über Abänderung des Versammlungsprengungsgesetzes, das die Sprengung von Versammlungen bestraft wird. Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt zur Geschäftsordnung

Abg. Dittmann (Soz.):

Im Auftrage meiner Fraktion habe ich zur Geschäftsordnung folgendes zu erklären: In dem Augenblick, wo die deutsche Arbeiterschaft neben den übrigen Schichten des Landes in dem schweren Abwehrkampf gegen den militärischen Einbruch an der Ruhr steht, schließt sich die Mehrheit des Hauses an, ein Gesetz gegen sie anzunehmen (heftigster Widerspruch und große lange Zeit andauernde Unruhe bei den bürgerlichen Parteien). Ich wiederhole, ein Gesetz gegen sie anzunehmen (erneute große Unruhe bei den bürgerlichen Parteien, Pfui-Rufe rechts), das als Ausnahmegesetz wirken muß.

Das Gesetz, welches nach Absicht der Antragsteller ursprünglich bestimmt war, rohe Gewalttaten zur Sprengung der Versammlungen zu verhindern, hat in dem Ausschusse eine Gestaltung erfahren, welche auch andere Zwischenfälle

in Versammlungen, die als ein Versuch zur Sprengung ausgelegt werden können, mit schweren Strafen bedroht.

Unsere Redner haben unwiderlegt, zum Teil unwidersprochen, festgestellt, daß in Bayern Organisationen geduldet werden, die den Versammlungsterror planmäßig organisieren, ohne daß die bisherigen Strafgesetze dagegen angewendet werden. In den Versammlungen dieser Rechtsabteilungen können selbst Aufforderungen zum Totschlag der Juden, der Reichsminister, der Novemberlinde erfolgen, ohne daß die bayerische Regierung und Justiz den Willen oder die Kraft haben, dagegen mit den bestehenden Gesetzen einzuschreiten (Widerpruch rechts), die aber in allen anderen Fällen gegen die Arbeiterschaft mit aller Schärfe zur Anwendung kommen. (Große Unruhe und Widerspruch rechts.)

Daraus entsteht in einem großen Lande Deutschlands für die Arbeiterschaft eine unerträgliche Rechtsungleichheit. Sie würde durch den geplanten Gesetzentwurf noch weiter verschärft werden.

Da die Darlegungen unserer Redner in der Aussprache nicht entkräftet werden konnten (Widerpruch rechts), stellen wir aufs neue den Antrag, den Gesetzentwurf

an den Ausschuss zurückzuverweisen.

Gleichzeitig beantragen wir namentliche Abstimmung über diesen unseren Antrag.

Abg. Dr. Schulz-Bromberg (Dnat.): Wenn der Vorredner behauptet, daß dieser Gesetzentwurf sich gegen die Arbeiterschaft richte und sie ganz besonders bedroht (starker Lärm der Linken), so stelle ich fest, daß die Kommissionsfassung nur mit Strafe bedroht, wer mit Gewalt oder durch Drohungen mit einem Verbrechen Versammlungen sprengt oder zu sprengen versucht. Doch sich dies gegen die deutschen Arbeiter (Lärm links) richte, und daß ein Redner der Sozialdemokratischen Partei, die sich immer als Vertreter der deutschen Arbeiter hinstellt, eine solche Beleidigung ausspricht (brausender Lärm der Linken, taktmäßige Zwischenrufe, in denen die nächsten Worte des Redners verloren gehen) — wir schließen uns dem Antrage auf namentliche Abstimmung an.

Abg. Dr. Bell (Z): Nicht nur als Mitglied meiner Fraktion, sondern auch als Angehöriger des Ruhrgebietes lege ich mit aller Schärfe Verwahrung gegen die Worte des Abg. Dittmann ein. (Lärm links.) Das Ruhrgebiet wird durch diesen Gesetzentwurf in keiner Weise beeinträchtigt. (Lärmender Widerspruch der Linken.) Wohl aber sind diese Ausführungen im Reichstag geeignet, den Abwehrkampf zu führen.

Ich lege aufs schärfste Verwahrung dagegen ein, daß man uns unterstellt, überhaupt ein Gesetz gegen die Arbeiterschaft zu machen.

(Lärm links.) Wir wollen ein Gesetz zum Schutz all derer, die für Ordnung sind. (Lärm links.) Es handelt sich um einen Entscheidungskampf der Ordnung gegen den Terror.

Abg. Leuschner (D. Sp.): Auch namens meiner Fraktion protestiere ich mit aller Entschiedenheit gegen die Beleidigung, die von dem Abg. Dittmann der Reichstagsmehrheit zugefügt ist, und gegen die Beleidigung, die in seinen Worten gegen die deutsche Arbeiterschaft liegt. (Lärm links.)

Abg. Koch-Weser (Dem.) wird mit Aha-Rufen von der Linken empfangen: Ich protestiere gegen die unerhörte Beleidigung meiner Fraktion. Meine Fraktion bedauert lebhaft, daß diese Vorlage jetzt zu einem innerpolitischen Zerwürfnis gemacht wird. Auf unserer Seite ist kein Anlaß dazu gegeben. (Lärm links.) Im Gegenteil, ist Konstatierung in formeller Beziehung, daß noch gestern im Aeltestenausschusse der Abg. Müller für die sozialdemokratische Fraktion erklärt hat, daß diese der Verabschiedung des Gesetzes irgendwelche obstruktionsmäßigen Mittel nicht entgegenzusetzen wird (hört, hört bei der Mehrheit), sondern daß sie das Gesetz lediglich sachlich bekämpfen würde. Ich behaupte, daß ein solcher Widerstand, wie er jetzt von der Sozialdemokratischen Partei geübt wird, nicht früher angeündigt und versucht worden ist, in der Kommission das Gesetz abzuändern. (Aha links.) Jetzt ist es für uns ausgeschlossen, uns dem einseitigen Druck einer Minderheit des Reichstags zu fügen.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Der Abg. Koch hat bedauert, daß es in der gegenwärtigen Situation zu solchen Auseinandersetzungen kommt, und hat erklärt, daß es nun nicht mehr möglich sei, den Versuch einer Abänderung zu machen. Auch wir haben an der Sache nicht gerade Vergnügen. Der Abg. Dr. Kahl hat sich in dieser Richtung Mühe gegeben. Was unsere Haltung betrifft, so habe ich gestern bereits in Aeltestenversammlung erklärt, daß ich meiner Fraktion über die dort von mir abgegebene Erklärung Bericht erstattet habe; die Fraktion hat sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß das, was jetzt aus der Kommission herausgekommen ist, so gestaltet sei, daß sie sich dieser meiner Erklärung nicht anschließen zu können glaubte. Sie können das bedauern, aber mit der Tatsache müssen Sie sich schließlich abfinden. Entgegen der Behauptung des Abg. Bell kann ich feststellen, daß sämtliche Abgeordnete aus dem Ruhr-

gebiet der Erklärung des Abg. Dittmann zugestimmt haben (großer Lärm rechts); es heißt darin auch nicht, daß der Gesetzentwurf ein Ausnahmegesetz ist, sondern daß er als Ausnahmegesetz wirken muß. Weiter stelle ich gegenüber dem Abg. Dr. Bell fest, daß keine Partei im Hause ist, die den Kampf gegen den Terror von rechts und links so scharf führt, wie wir. (Lärm und stürmischer Widerspruch rechts und in der Mitte.) Aus der Aeußerung des Abg. Koch haben Sie entnommen, daß er doch bereit zu sein scheint, nach einer Möglichkeit zu suchen, die eine Abänderung herbeiführt. Wir haben Ihnen schon gestern Gelegenheit dazu geben wollen.

Wir haben nicht die Pflicht, Ihnen zu helfen.

Ihren Gesetzentwurf durchzubringen. Sie selbst hätten dafür sorgen müssen, daß Ihre Abgeordneten zur Stelle waren. Wir werden bei unserer Haltung beharren.

Abg. Leicht (Bayer. Sp.): Ich bedauere, daß namens der gesamten sozialdemokratischen Fraktion der Abg. Dittmann seine Erklärung abgegeben hat. Deren Form ist nicht geeignet, einem Ausgleich oder einem Entgegenkommen seitens der anderen Parteien den Weg zu ebnen. (Jurist.)

Abg. Kahl (D. Sp.): Durch die Ausführungen des Abg. Dittmann hat sich die Situation ganz ungewöhnlich verschärft, was eine Aussprache ungemein erschwert. Wenn er diese ganze Angelegenheit in sachliche Verbindung bringt mit den Arbeitern an der Ruhr, so ist das eine derartige unglückliche und unrichtige Auffassung, daß ich es gegenüber den von uns abgegebenen Versicherungen geradezu unter meiner Würde halte, darauf zu antworten. (Große Unruhe links.) Ich würde nicht das Wort erbeten haben, wenn nicht der Abg. Müller auf eine Besprechung von gestern Bezug genommen hätte. Gewiß, ich beständige ihm öffentlich, daß er mit dem Kollegen Radbruch zu mir gekommen

ist, um den Versuch zu machen, eine Verständigung über den Inhalt des Gesetzentwurfes herbeizuführen. Es handelte sich dabei um zwei Punkte, um die Bestrafung von Handlungen, die im Zusammenhang mit einer Versammlung begangen werden und um die Strafbarkeit des Versuchs. Ich habe gesagt, daß man selbstverständlich, da es juristische Fragen sind, darüber verhandeln könne, habe aber dann gefragt, was die Herren für Folgerungen daraus zögen, wenn wir etwa in dieser Beziehung nachgeben und ein Kompromiß schließen würden. Die Antwort war: „an unserer schließlichen Ablehnung des Gesetzes würde sich nichts ändern“. (Hört, hört! rechts und Unruhe.) Ja, wozu dienen dann nachmalige Verhandlungen? Diese verlieren dann ganz ihren Sinn. (Zwischenruf des Abg. Ledebour.) Herr Ledebour, Sie verbreiten durch ihre Zwischenrufe eine Atmosphäre von Militarismus, Absolutismus und Diktatur um sich, die mit meinen republikanischen Grundföhen nicht vereinbar ist. (Große Heiterkeit.)

Abg. Andre (Z): Während Sie (nach links) auch von der Arbeiterbevölkerung an der Ruhr nur einen geringen Teil vertreten, sind wir berechtigt, im Namen der Arbeiterschaft zu sprechen. Sie können auch heute das Haus vielleicht beschlußunfähig machen, aber darüber sollten Sie sich keinem Zweifel hingeben, daß die breiten Massen des Volkes brauchen für eine solche Tätigkeit kein Verständnis haben und daß ihr Verfahren den Grundföhen der Demokratie widerspricht. (Heftigster Widerspruch und lärmende Jurist links.) Bei den nächsten Wahlen werden Sie das erkennen. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Wenn der Vorredner meinte, daß wir wegen unserer Haltung die nächsten Wahlen zu fürchten hätten, dann glaube ich das nicht, solange nicht etwa Ruhe das Wahrecht haben. (Unruhe rechts und im Zentr.) Ich vermahne mich gegen die Behauptung, daß wir in dieser Frage eine verschiebete Haltung nach rechts und nach links beobachteten. Herr Kahl hat die Vorgänge von gestern ganz richtig dargestellt. Wenn er aber fragte, was es für einen Zweck gehabt hätte, die Frage einer Milderung zu diskutieren, wenn die Sozialdemokratische Partei doch gegen den Entwurf stimmen wollte, so erwidere ich, daß wir über unsere Haltung gegen den Entwurf von vornherein nicht den geringsten Zweifel gelassen haben. Wir wollten aber die Schärfe herausbringen.

Abg. Behrens (Dnat.) ergeht sich in heftigen und beleidigenden Angriffen gegen die Sozialdemokratie.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf mit 200 gegen 144 Stimmen (drei Stimmen waren ungültig) der Antrag Dittmann auf Zurückverweisung an den Ausschuss abgelehnt.

Abg. Dittmann (zur Geschäftsordnung):

Das Haus zählt 289 bürgerliche Abgeordnete, 230 gehören zur Beschlußfähigkeit. Wir halten es für dringend notwendig, daß die Bürgerlichen für ihren Antrag die beschlußfähige Mehrheit stellen. Wir halten diesen Gesetzentwurf für außerordentlich schädlich vom Standpunkte der Arbeiterschaft und glauben uns verpflichtet, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um zu verhindern, daß er Gesetz wird. (Großer Lärm rechts und in der Mitte, vielfache Rufe: Terror!) Es kann nicht unsere Aufgabe sein, denjenigen Parteien, die selbst nicht eine Mehrheit zustande bringen können, unsere Unterstützung zu leisten, indem wir die Beschlußfähigkeit herbeiführen helfen. Bringen Sie Ihre Mehrheit zustande, so werden wir Sie respektieren. Ich beantrage, den Gegenstand von der Tagesordnung abzuschieben.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) beantragt namentliche Abstimmung über diesen Antrag.

Ueber die Frage, ob eine namentliche Abstimmung in diesem Falle nach der Geschäftsordnung zulässig ist, entsteht eine längere Aussprache, in welcher der Präsident sich dahin vernehmen läßt, daß er der Auffassung zuneigt, daß hier die namentliche Abstimmung zulässig ist. In gleichem Sinne äußern sich die Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.), Dr. Bell (Zentr.) und Kleber (D. Sp.).

Abg. Dittmann (Soz.) ist gegenteiliger Meinung; um aber kein Präjudiz zu schaffen, zieht er den Antrag zurück und bringt dafür den Antrag auf Schluß der sachlichen Debatte ein.

Abg. Koch-Weser (Dem.) nimmt den ursprünglichen Antrag Dittmann wieder auf.

Präsident: Jetzt ist die Frage, welchem der beiden Anträge der Vorrang gebührt. (Heiterkeit.)

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt.

Darauf verlassen die meisten Sozialdemokraten und Kommunisten den Saal. Auf der rechten Seite erhebt sich darüber großer Lärm, aus dem der Ruf herausdringt: Schmeiß raus die Rechts! Abg. Dittmann (Soz.): Nachdem Sie die Zurückverweisung abgelehnt haben, können Sie von uns nicht verlangen, daß wir Ihnen irgendwie die Abstimmung erleichtern helfen. Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte will der Präsident zur Abstimmung über den Vertagungsantrag Koch schreiten, über den namentliche Abstimmung vom Abg. Schulz-Bromberg beantragt ist.

Abg. Koch-Weser zieht seinen Antrag zurück. (Große Heiterkeit.) Abg. Müller-Franken (Soz.) nimmt den Antrag wieder auf und bezweifelt ebenfalls die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Zu der namentlichen Abstimmung,

die nunmehr vor sich geht, strömen die Mitglieder der Sozialdemokraten und Kommunisten unter großem Hallo der bürgerlichen Mehrheit wieder in den Saal und beteiligen sich an der Kartenabgabe. Ein Teil der Mitglieder der linken Seite gibt seine Karten auf dem Präsidium an die Schriftführer ab, wobei es zu Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der Rechten und der Linken kommt.

Präsident Ebe bemerkt, daß offenbar in einem Sektor des Saales die Stimmlisten nicht eingekammelt worden sind, daß aber die aus diesem Anlaß gegen den Schriftführer Philipp (Dnat.) erhobenen Beschuldigungen total unbegründet sind (Widerpruch bei den Soz.) Wenn keine Erklärung nicht ausreichte, könne ja die Sache später näher untersucht werden. (Jurist bei den Komm.) Herrn Philipp müssen wir uns näher anschauen! Abg. Koch (Soz.), der dem Schriftführer Abg. Philipp das Wort „Feigling“ zugerufen hat, erhält einen Ordnungsruf.

Die Vertagung ist mit 201 gegen 139 Stimmen abgelehnt worden. Das Haus fährt in der sachlichen Beratung fort.

Nach den Ausführungen des Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) spricht

Reichsminister des Innern Dr. Dejer:

Wenn es einen Weg gäbe, eine Annäherung der Parteien herbeizuführen, so würde die Reichsregierung ihrerseits einen derartigen Weg mit Freude beschreiten. Wir müssen, wenn wir die Demokratie realisieren wollen, miteinander verhandeln und uns gegenseitig zu überzeugen suchen, und dazu brauchen wir die Versammlungsfreiheit. Politische Demokratie ohne Versammlungsfreiheit ist ein Unding. Die Reichsregierung ist der Ansicht, wenn in der jetzigen Zeit die Verhältnisse schon schwer tragbar sind, wie wird es sein, wenn eine Reichstagswahl bevorsteht, sei es im normalen Verlauf der Dinge, sei es, daß aus irgendwelchen Erwägungen heraus eine Erneuerung des Reichstags sich als nötig erweisen wird? Wenn die Freiheit der Versammlungen gestört ist, dann sind auch freie Wahlen nicht möglich, dann ist die Demokratie ausgehöhelt, und an ihrer Stelle ist etwas anderes getreten. Eine Reihe von Regierungen erklärte mir, daß sie mit den jetzt vorhandenen Nachtmitteln einen Schutz der Versammlungen nicht durchführen können. (Hört, hört!) Ich bin der Meinung, daß es immer das Normale ist, nicht auf dem Verordnungs- und Ausnahmewege, sondern auf dem Wege der Gesetzgebung zu einer Ordnung zu kommen, und was an der Reichsregierung liegt, so wird sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Nachtmitteln dafür eintreten, daß Licht und Schatten in gleicher Weise verteilt werden. (Unruhe und Widerspruch links.) Wenn der Reichstag uns diese Nachtmittel verweigern sollte, so müßte die Reichsregierung in Erwägungen eintreten, ob andere Wege zum Schutze der Versammlungen einzuschlagen seien. Ich bitte auch die Herren von links, die Erklärung entgegenzunehmen, daß ich, solange ich an dieser Stelle stehe, mich mit allem Nachdruck dafür verwenden werde, daß

gleiches Recht für alle

vorhanden ist. (Unruhe links.) Ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß, so wie ein Gewitter, besonders, wenn es einige Donnenschläge abgibt, die Atmosphäre reinigt, auch wir nunmehr zu einer ruhigen Auffassung der Situation kommen. Ich darf im Namen der Regierung darauf hinweisen, daß noch ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung steht, der Nachtragsetat, der unbedingt erledigt werden muß, den das Reichsfinanzministerium braucht. Ich möchte daher bitten, daß Sie diesen Gegenstand seinem Ende entgegenführen, und wie vielfach versucht, zwischen der zweiten und dritten Lesung einen Weg zu finden. Ich möchte aber auch bitten, einen Punkt zu erledigen, ohne den sie unmöglich heute auseinandergehen können.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Remmel (Komm.) schließt die Erörterung.

Es folgt zunächst die namentliche Abstimmung über einen Antrag Dr. Radbruch (Soz.) u. Gen., wonach die von dem Ausschusse beschlossenen Verschärfungen gestrichen werden sollen, wonach u. a. auch der Versuch zu Versammlungsstörungen strafbar sein soll. Die namentliche Abstimmung ergibt die

Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Es sind nur 201 Karten (195 nein, 2 ja, 4 Stimmenthaltungen abgegeben worden.

Der Präsident setzt um 4.25 Uhr eine neue Sitzung auf 5 Uhr an, mit der Tagesordnung: 12. Nachtragsetat, und beruft für 5.55 Uhr den Aeltestenrat.

In der folgenden kurzen Plenarsitzung wurde der Nachtragsetat in der Fassung der Ausschussbeschlüsse angenommen. Danach werden u. a. im außerordentlichen Etat noch bewilligt 6 Milliarden Mark Darlehen an die Länder zur Fertigstellung angelegener Wohnbauten und außerdem zur allgemeinen Förderung des Wohnungsbaus 100 Milliarden. Beides soll aus den Erträgen der Wohnbauabgabe genommen werden. Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Verringerung einmaliger außerordentlicher Ausgaben rund 4½ Billionen Mark im Wege der Anleihe flüssig zu machen. Außerdem darf er zur Befriedigung unabweisbarer Bedürfnisse, die durch den Ruhrstreik hervorgerufen sind, nötigenfalls Garantien übernehmen. Auf sozialdemokratischem Antrag wurde beschlossen, daß Reichsgarantien nicht übernommen werden dürfen, soweit nicht alle sonstigen Besitz- und Garantienunterlagen der Garantiensuchenden bereits voll ausgenutzt worden sind und soweit sie sich mittelbar oder unmittelbar auf Schutz vor Preissteigerungen beziehen. Einem Reichsausschusse von 7 Köpfen ist Rechenschaft zu geben. — Ohne Erörterung wurde ein von allen Parteien unterstützter Antrag Dittmann zugunsten der Krankenversicherung der Erwerbslosen angenommen. — Nächste Sitzung: Donnerstag, den 3. Mai.

HERMANN **Tietz** BILLIGE **Lebensmittel**

Sowohl Vorrat

Rotwurst nach Thüringer Art, Pfund 3300.-	Zwiebeln Pfund 50.-	Leipziger Straße	Fleisch	Alexanderplatz	Sowohl Vorrat
Landleberw. Pfd. 3500.-	Möhren Pfund 70.-	Kalbskamm frisch Pfund 2400.- Kalbskeulen (frisch) Pfund 2800.- Hammelvorderfleisch (frisch) Pfund 4000.- Schabefleisch (frisch) Pfund 4000.- Prima Ochsenkamm (gefr. Pr.) Pfund 3200.- Prima Ochsen (Fohlrippe u. Brust gefroren) Pfund 3400.-	Räucherheringe Stück 490.-	Schellfisch Pfund 300.-	
Sülzwurst Pfund 3600.-	Sellerie Pfund 100.-		Sprotten Pfund 900.-	Grüne Heringe Pfd. 500.-	
Jagdwurst Pfund 4900.-	Spinat Pfund 250.-		Makrelbücklg. Pfd. 950.-	Seelachs kopflos, im ganzen.. Pfund 750.-	
Mettwurst nach Braunschw. Art Pfd. 4900.-	Blumenkohl Kopf von 950.-		Sprottbücklg. Pfd. 1300.-	Kabliau kopflos, im ganzen.. Pfund 900.-	
			Kale geräuchert, Pfund 7800.-	Kaninchen gefr. Pfund 1300.-	

